FOND 500

OPIS 4

FOLDER 93

Einsatzgruppe A.

Фондообразователь Главное Управление госбезопасности Германии г. Берлин

ДЕЛО № 93

Отчет оперативной группы А полиции безопасности о положении в Прибалтике, Белоруссии, Ленинградской обл. за период с 21 июня по 15 октября 1941 г.

„21" июня 1941 г. Фонд № 500

„15" октября 1941 г. Опись № 4

На листах 221 Дело № 93

147—6000

ЛИСТ ИСПОЛЬЗОВАНИЯ ДОКУМЕНТОВ

Фонд № 500 год _____ опись № 4 дело № 93

Название единицы хранения _____

Дата использования	№№ использованных листов	Для какой цели использован документ	Характер использования документа (если снята копия или сделана выпись указать способ воспроизведения и кому выдано)	Должность и подпись лица сделавшего запись
4/IX-63г.	Личный состав выявлен. См. дублетное дело		№ 94 (ф. 500, оп. 4)	Лаврова
16./IV-81г.	все дело	усовершенствование описи		Корелина
8.89г.	-"-	Просмотрено при исп. здоров. вх. 999с от 27.8.82.		[illegible]
15.2.91	всё	изучение темы.		[illegible]
12.8.91		[illegible]		Тео Шудоте (Канада)
10.10.91	все	просмотр		Теодор К. (США)
20.1.92	6	G. Brunder	USHM	[illegible]
31.1.92	всё	изучение		Heim
10.3.92	"	"		J. Heim
20/3/92	все	просмотр газеты	представителем "Bild"	
30.6.92			Canada	[illegible]
30.9.92		мемориал	просмотрено	[illegible]
3-3-93			USHMM	[illegible]

505-4-93

АННОТАЦИЯ:

Отчет Оперативной Группы "А" полиции безопасности за период с 21 июня 1941 года по 15 октября 1941 года.

Отчет охватывает деятельность Оперативной Группы "А" полиции безопасности за указанный период на территории Эстонии, Латвии, Литвы, Белоруссии и части Ленинградской области.
Содержит 1У раздела:

1. Обзор.
II. Полицейская работа.
   а) Организационные мероприятия.
   б) Очищение и охранение оперативных районов.
   в) Контрразведка.
   г) Проверка лиц и ведение картотеки.
   д) Криминал-полицейская работа.

Ш. Оценка положения.
   а) Положение до вступления германских войск.
   б) Положение в жизненных р-нах до 15.Х.45 г.
   в) Европейское влияние на жизненные р-ны Востока.

1У. Недостатки и советы к их устранению .

АННОТАЦИЮ СОСТАВИЛ:

ПЕРЕВОДЧИК СЛЕДОТДЕЛА 3 ГЛАВНОГО УПР.КОНТРРАЗВЕДКИ МГБ СССР - Гв.мл.лейтенант

(СПРОГЕ)

Верно:

Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD
Litauen

Eing.:

B.-Nr.: 28 g Ks

P.S.

Geheime Reichssache

40 Ausfertigungen
..31..Ausfertigung

Einsatzgruppe A

Gesamtbericht bis zum 15.Oktober 1941

I. Übersicht S. 1

II. Polizeiliche Arbeit

A. Organisatorische Massnahmen 13

B. Säuberung und Sicherung des Einsatzraumes 21

C. Spionageabwehr 39

D. Personenüberprüfung und Karteiwesen 40

E. Kriminalpolizeiliche Arbeit 41

III. Lagebericht

A. Lage vor dem Einmarsch der deutschen Truppen. 47

B. Lage auf den Lebensgebieten bis 15.10.1941. 61

C. Jüdischer Einfluss auf die Lebensgebiete im Ostland 107

IV. Übelstände und Vorschläge zu ihrer Beseitigung. 134

Die Einsatzgruppe A marschierte befehlsgemäss am 23.6.1941, dem zweiten Tage des Ostfeldzuges, nachdem die Fahrzeuge in einsatzfähigen Zustand versetzt worden waren, in den Bereitstellungsraum ab. Die Heeresgruppe Nord mit der 16. und 18. Armee und der Panzergruppe 4 hatte tags zuvor den Vormarsch angetreten. Es handelte sich nun darum, in aller Eile persönlich mit den Armeeführern wie auch mit dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Fühlung aufzunehmen. Von vornherein kann betont werden, dass die Zusammenarbeit mit der Wehrmacht im allgemeinen gut, in Einzelfällen, wie z.B. mit der Panzergruppe 4 unter Generaloberst Höppner, sehr eng, ja fast herzlich war. Missverständnisse, die in den ersten Tagen mit einzelnen Stellen entstanden waren, wurden durch persönliche Aussprachen im wesentlichen erledigt.

Die Heeresgruppe Nord stiess schnell bis zur Memel vor, erreichte nach kurzen, aber vielfach heftigen Kämpfen die Düna. Von hier aus eroberte die Panzergruppe 4, rechts und links rückwärts von ihr die 16. und 18. Armee, in zügigem Vormarsch ganz Lettland, erreichte bei Ostrow und Pskow altrussisches Gebiet und drang von hier aus weiter in Richtung auf Luga vor, während der linke Flügel

der Heeresgruppe die estnische Grenze überschritt und Pernau und Dorpat erreichte. Nachdem bereits vorher auf dem rechten Flügel der Armee schwere Kämpfe stattgefunden hatten, stellte sich nunmehr der Russe mit starken Kräften und verhinderte den von Führung und Truppe erwarteten und sehnlich erwünschten raschen weiteren Vorstoss auf Petersburg, dessen Einnahme mit dem Wegfallen der wichtigsten Basis einen gewissen Abschluss des Vorstosses der Heeresgruppe nach Norden bedeutet hätte.

Unter langen und verlustreichen Kämpfen wurde der Luga-Abschnitt nunmehr bezwungen, der, wie sich ein Offizier einer Führungsstaffel ausdrückte, zu "einer heiligen Strasse des Todes" geworden sei. Auch die weitere Säuberung des altrussischen Gebietes brachte langwierige Kämpfe. Während der Russe von Osten nach wie vor stark auf die Flanke der Heeresgruppe drückte, gelang es dieser, nunmehr Petersburg zu zernieren und damit ihre grossen Operationen vorläufig zu beenden.

Für die Sicherheitspolizei zeigte sich bei diesem militärischen Vorgehen in den ersten Tagen des Ostfeldzuges, dass die spezifisch sicherheitspolizeiliche Arbeit nicht nur, wie in den ursprünglichen Abmachungen

mit dem OKH vorgesehen, im rückwärtigen Heeres- und Armeegebiet, sondern auch im Gefechtsgebiet geleistet werden musste, und zwar einerseits, weil im zügigen raschen Vorgehen die Einrichtung des rückwärtigen Armeegebietes nachhinkte, und andererseits die zersetzende kommunistische Tätigkeit und der Partisanenkampf - besonders bei Erreichen des Luga-Abschnittes - im Gefechtsgebiet selbst am stärksten sich auswirkte.

Zur Durchführung der sicherheitspolizeilichen Aufgaben musste auch erstrebt werden, in grösseren Städten zusammen mit der Truppe einzuziehen. Die ersten Erfahrungen in dieser Richtung wurden gesammelt, als ein kleines Vorauskommando unter meiner Führung mit den Spitzenverbänden der Wehrmacht am 25.6.1941 in Kowno eintraf. Auch bei der Einnahme der weiteren grösseren Städte, insbesondere Libau, Mitau, Riga, Dorpat, Reval und den grösseren Vorstädten von Petersburg war jeweils ein Kommando der Sicherheitspolizei bei den ersten Truppenteilen. Vor allem mussten hierbei kommunistische Funktionäre und kommunistisches Material erfasst, daneben aber die Truppe vor irgend welchen Ueberraschungen in den Städten selbst gesichert werden, nachdem die Truppe selbst dazu meist zahlenmässig gar nicht in der Lage war. Zu diesem Zweck wurden in den drei baltischen

Provinzen von der Sicherheitspolizei jeweils schon in den ersten Stunden des Einmarsches Freiwilligenformationen aus zuverlässigen Landeseinwohnern aufgestellt, die unter unserer Führung diese Aufgabe mit Erfolg durchgeführt hat. Als Beispiel sei nur erwähnt, dass die Truppe durch Heckenschützen in Riga links der Düna nicht unerhebliche Verluste erlitt, während nach Organisierung dieser Freiwilligenformation in Riga rechts der Düna kein einziger Soldat zu Schaden kam, wohl aber diese lettischen Formationen im Kampf mit versprengten Russen Tote und Verwundete hatten.

Ebenso wurden schon in den ersten Stunden nach dem Einmarsch, wenn auch unter erheblichen Schwierigkeiten, einheimische antisemitische Kräfte zu Progromen gegen die Juden veranlasst. Befehlsgemäss war die Sicherheitspolizei entschlossen, die Judenfrage mit allen Mitteln und aller Entschiedenheit zu lösen. Es war aber nicht unerwünscht, wenn sie zumindest nicht sofort bei den doch ungewöhnlich harten Massnahmen, die auch in deutschen Kreisen Aufsehen erregen mussten, in Erscheinung trat. Es musste nach aussen gezeigt werden, dass die einheimische Bevölkerung selbst als natürliche Reaktion gegen jahrzehntelange Unterdrückung durch die Juden und gegen den Terror durch

die Kommunisten in der vorangegangenen Zeit die ersten Massnahmen von sich aus getroffen hat.

Nachdem die Düna und damit Riga erreicht war, setzte sich die Einsatzgruppe von dem weiteren Vormarsch der Heeresgruppe Nord zunächst ab und konzentrierte ihre Kräfte auf die Befriedung des litauischen und lettischen und später des bei Opotschka erreichten altrussischen Raumes. Die Arbeit hierbei war sehr vielgestaltig.

Beim raschen Wechsel der deutschen Truppen und bei der Fluktuierung der deutschen Dienststellen durch den Uebergang vom rückwärtigen Armeegebiet zum rückwärtigen Heeresgebiet und später zur Zivilverwaltung bzw. zum Wehrmachtsbefehlshaber änderten sich Personen und damit Ansichten bei den deutschen Dienststellen nur allzu oft und allzu rasch. Dies musste bei der Sicherheitspolizei möglichst verhindert werden, und deshalb die gleichen Führer möglichst in den gleichen Orten verbleiben. Dadurch erhielt die Sicherheitspolizei durch ihre Sach- und Personenkenntnis vor allen anderen einen wesentlichen Vorsprung. Sie kann tatsächlich für sich in Anspruch nehmen, dass sie als einzige Dienststelle eine gewisse Stetigkeit auf der deutschen Seite erreicht hat. Die Litauer, Letten und Esten, die für derartige Dinge ein

sehr feines Gefühl besitzen, haben dies auch bald erkannt und sich dementsprechend darauf eingestellt.

Die Sicherheitspolizei versuchte daher unter jeweils gleichen Gesichtspunkten die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Dinge zu steuern bzw. die weiteren hierfür zuständigen deutschen Dienststellen zu beraten. Gerade auf politischem Gebiet haben die verschiedenen zuständigen Behörden verschiedene Gesichtspunkte verfolgt. Bedauerlich war, dass das Ostministerium nicht von vornherein klare Richtlinien gegeben hatte, sodass bis heute in den Ostseeprovinzen trotz aller Bemühungen unsererseits noch keine klaren Verhältnisse herrschen. Bezeichnend für die Fluktuierung mag das Beispiel von Estland sein. Im Einvernehmen mit dem Reichssicherheitshauptamt führte die Einsatzgruppe den Esten Dr. M a e als künftigen politischen Berater der Esten mit sich. Um nicht, wie in Litauen und Lettland ein unheilvolles Durcheinander erleben zu müssen, und um die Einsetzung des Dr.Mae zu erreichen bzw. dessen Absetzung zu verhindern, mussten nacheinander verhandelt werden mit der nach Reval einrückenden Division, mit dem für Reval zuständigen Korps, mit der Ortskommandantur Reval, mit der Feldkommandantur Reval, mit der 18. Armee, mit der Heeresgruppe Nord, mit dem Befehlshaber

des rückwärtigen Heeresgebiets bei der Heeresgruppe Nord, mit dem Generalkommissar bzw. dessen Stellvertreter und mit dem Vertreter des Ostministeriums.

Nach der Eroberung von Litauen und von Lettland wurden die Einsatzkommandos 2 und 3 vom Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes im wesentlichen abgezogen und in Litauen bzw. Lettland belassen. Die Einsatzkommandoführer 2 und 3 befinden sich seit Anfang Juli dauernd in Kowno bzw. Riga.

Auch mit dem Reichskommissar wurde sofort bei seiner Einsetzung Verbindung aufgenommen, ebenso mit den Generalkommissaren, und zwar sowohl von der Einsatzgruppe wie von den Einsatzkommandos aus. Die Zusammenarbeit mit dem Reichskommissar war zunächst davon abhängig, dass a) die beim Reichssicherheitshauptamt gestellte Anfrage über die Art der Einschaltung beim Reichskommissar sich verzögerte, und b) der Höhere SS- und Polizeiführer von sich aus über Einschaltung der Polizei mit dem Reichskommissar verhandelte, sodass eine eigene Initiative vor Erledigung der Fragen zu a und b nicht möglich war. Es ist vorgesehen, zu gegebenem Zeitpunkt auch von hier aus mit dem Reichskommissar über die Frage unmittelbar Verbindung aufzunehmen. Anlässe im einzelnen sind genügend vorhanden.

Nachdem der Vormarsch der Heeresgruppe Nord in Estland und bei Luga aufgehalten und schwere Kämpfe und starke russische Angriffe in der Mitte bzw. am rechten Flügel stattfanden, schaltete sich die Einsatzgruppe wieder bei den Armeen bzw. bei der Panzergruppe 4 stark ein, da die Bekämpfung der nunmehr in grossem Umfang auftauchenden Partisanen eine spezifisch sicherheitspolizeiliche Arbeit war und ist. Das Gebiet nördlich von Pleskau und zwischen Peipus- und Ilmensee mit den weit ausgedehnten Wald- und Sumpfgebieten war für den Partisanenkrieg durch die Russen geradezu ideal. Dazu kam, dass durch die Unwegsamkeit des Geländes jeder Einsatz auch kleinerer Verbände stark erschwert war. Nachdem die rein militärische Bekämpfung durch Gestellung von Wachen oder durch Einsatz auch ganzer Divisionen zum Durchkämmen der neu besetzten Gebiete versagt hatte, musste auch die Wehrmacht sich nach neuen Methoden umsehen. Gerade die Suche nach Methoden machte sich aber die Einsatzgruppe zur wesentlichen Aufgabe. Die Wehrmacht hat sich daher auch bald die Erfahrungen der Sicherheitspolizei und ihre Methoden der Bekämpfung der Partisanen zu eigen gemacht. Im einzelnen verweise ich hierbei auf die zahlreichen Berichte über die Bekämpfung der Partisanen.

Der Einsatz der Sicherheitspolizei war im weiteren Verlauf der Partisanenbekämpfung dadurch erschwert, dass die Fahrzeuge entweder nicht einsatzfähig waren, oder aber für den immer noch erwarteten Vorstoss auf Petersburg geschont werden mussten.

Für die Führung der Einsatzgruppe ergaben sich in dieser Zeit besondere Schwierigkeiten. Während die grösseren in Litauen und Lettland eingesetzten Teil der Sicherheitspolizei 700 km zurücklagen, waren andere Teil hinter der fast 600 km langen Front zur Partisanenbekämpfung eingesetzt. Zur Nachrichtenübermittlung stand ausser dem in Riga stationierten Funkwagen nur ein mittlerer und ein leichter Funkwagen für dieses weite Gebiet zur Verfügung. Auch die Benutzung der Heeresfernsprecher auf mehr als 200 km Entfernung versagte. Die ganze Führung der Einsatzgruppe war daher nur durch persönliche Fühlungnahme möglich, obwohl sich die Wege und Strassen einschliesslich der Rollbahn in einem fast unbeschreiblichen Zustand befanden. Selbst auf der Rollbahn konnte oft nur ein Stundendurchschnitt von 10 km gefahren werden. Trotzdem mussten in dieser Zeit allein von meinem Kraftwagen 15.000 km bewältigt werden Auch für die Führer der Einsatzkommandos ergaben sich bei den weiten Räumen ähnliche Schwierigkeiten, sodass sogar Kurierfahrten zu einem ernsthaften Problem

wurden. Vorübergehend wurden diese Verhältnisse noch schwieriger, als der weitere Angriff auf Petersburg nicht mehr der grossen Strasse von Pleskau über Luga folgen konnte, sondern weit nach Westen ausholen musste, sodass sich der Höhepunkt der Partisanenbekämpfung auf das Wald- und Sumpfgebiet ostwärts des Peipussees und auf die Gebiete westlich des Ilmensees verlegte. Die Arbeit der Sicherheitspolizei wurde in dieser Zeit noch durch eine Ruhrepidemie erschwert, da z.B. mit Ausnahme von einem Führer der gesamte Stab der Einsatzgruppe erkrankt und 80 % im Lazarett lagen.

Seit der Zernierung von Petersburg ist insofern eine Erleichterung eingetreten, als die Querverbindungslinien teilweise verkürzt, jedenfalls nicht mehr vom Feinde besetzt sind.

Besonders dankbar wurde für die Führung der Einsatzgruppe anerkannt, dass sehr bald nach Einrichten von Dienststellen von RSHA ein sehr gutes und brauchbares Funk- und Fernschreibnetz eingerichtet wurde.

Bei der fortschreitenden Eroberung von Estland wurde das Einsatzkommando 1a bis auf den bei der 18. Armee eingesetzten Teil endgültig nach Estland verlegt, auf dessen Befriedung im Hinblick auf die rassisch gute Zusammensetzung der Bevölkerung besonders grosser Wert gelegt werden musste.

Nachdem von der Einsatzgruppe B Teile von Weissruthenien an die Einsatzgruppe A abgegeben wurden, wurde für dieses Gebiet das Einsatzkommando 1 b mit Verstärkung von Teilen des Einsatzkommandos 2 und 3 für zuständig erklärt.

Bei der Zernierung von Petersburg ergab sich für die Sicherheitspolizei ausser der erneut sehr starken Partisanentätigkeit in den Vorstädten die Aufgabe, die Bevölkerung, die langsam aus den Wäldern zurückkehrte, besonders zu beobachten. Da sich um Petersburg ein ausgesprochener Stellungskrieg entwickelte, wurde den Armeen empfohlen, eine Zone um Petersburg restlos zu evakuieren, eine Massnahme, die schon vorher von der Sicherheitspolizei soweit als möglich mit den zugeteilten Kräften der Waffen-SS und Ordnungspolizei durchgeführt wurde.

In diesem Gebiet wird fernerhin ein möglichst lückenloses Nachrichtennetz aufgebaut. Vom Anfang an hat die Sicherheitspolizei systematisch Nachrichten über Petersburg auf allen Gebieten gesammelt. Die 18. Armee hat zusätzlich geboten, auch die militärische Ausspähung von Petersburg bzw. der im Raum um Oranienbaum eingeschlossenen russischen 8. Armee zu übernehmen. Ich verweise hierbei auf die bisher erstellten 9 Lageberichte über Petersburg. In den nächsten Tagen wird noch ein zusammengefasster Bericht hierüber vorgelegt werden.

Aus der geschilderten Gesamtsituation ergab und ergibt sich, dass die der Einsatzgruppe zugeteilten Angehörigen von Stapo, Kripo und SD in der Hauptsache in Litauen, Lettland, Estland und Weissruthenien, zu einem geringen Teil vor Petersburg, die Kräfte der Ordnungspolizei und Waffen-SS jedoch in der Hauptsache vor Petersburg zu Massnahmen gegen die zurückflutende Zivilbevölkerung eingesetzt sind, und zwar jeweils unter eigener Führung. Diese Massnahme ist deshalb umso leichter möglich, weil den Einsatzkommandos in Litauen, Lettland und Estland einheimische
Anlg.1 Polizeikräfte, über deren Zuteilung die Anlg.1 Aufschluss gibt, zur Verfügung stehen und nach Weissruthenien bisher 150 lettische Hilfskräfte entsandt wurden

Die Verteilung der Führer von Sicherheitspolizei und SD in den einzelnen Phasen ergibt
Anlg.2 sich aus der Anlage 2, der Vormarsch und der Einsatz der Einsatzgruppe und der Einsatzkom-
Anlg.3 mandos aus Anlage 3. Nicht unerwähnt möge bleiben, dass die zugeteilten Führer von Waffen-SS und Ordnungspolizei, soweit sie Reservisten sind, erklärt haben, auch später bei Sicherheitspolizei und SD bleiben zu wollen

A. Der baltische Raum.

I. Organisatorische Massnahmen.

1) Aufstellung der Hilfspolizei und der Schutzmannschaften.

Angesichts der Ausdehnung des Einsatzraumes und der Fülle der sicherheitspolizeilichen Aufgaben wurde von vornherein angestrebt, dass die zuverlässige Bevölkerung selbst bei der Bekämpfung der Schädlinge in ihrem Lande - also insbesondere der Juden und Kommunisten - mitwirkt. Über die Steuerung der ersten spontanen Selbstreinigungsaktionen hinaus, auf die in anderem Zusammenhang noch näher eingegangen wird, musste Vorsorge getroffen werden, dass zuverlässige Kräfte in die Säuberungsarbeit eingespannt und zu ständigen Hilfsorganen der Sicherheitspolizei gemacht wurden. Hierbei musste den verschieden gelagerten Verhältnissen in den einzelnen Teilen des Einsatzraumes Rechnung getragen werden.

In L i t a u e n haben sich bei Beginn des Ostfeldzuges aktivistische nationale Kräfte zu sogenannten Partisaneneinheiten zusammengefunden, um in den Kampf gegen den Bolschewismus aktiv einzugreifen. Nach ihrer eigenen Darstellung hatten sie dabei 4.000 Gefallene.

In Kauen hatten sich vier grössere Partisanengruppen gebildet, mit denen das Vorauskommando sofort Fühlung aufnahm. Eine einheitliche Führung dieser Gruppen war nicht vorhanden. Vielmehr versuchte jede, der anderen den Rang abzulaufen und mit der Wehrmacht in möglichst enge Verbindung zu kommen, um künftig zu einem militärischen Einsatz gegen die Sowjetarmee

herangezogen zu werden und hieraus bei der späteren staatlichen Neugestaltung Litauens Kapital zu schlagen und eine neue lettische Armee aufstellen zu können. Während ein militärischer Einsatz der Partisanen aus politischen Gründen nicht in Betracht kam, wurde in kurzer Zeit aus den zuverlässigen Elementen der undisziplinierten Partisanengruppen ein einsatzfähiger Hilfstrupp in Stärke von zunächst 300 Mann gebildet, dessen Führung dem litauischen Journalisten Klimatis übertragen wurde. Diese Gruppe ist im weiteren Verlauf der Befriedungsarbeiten nicht nur in Kauen selbst, sondern in zahlreichen Orten Litauens eingesetzt worden und hat die ihr zugewiesenen Aufgaben, insbesondere Vorbereitung und Mitwirkung bei der Durchführung grösserer Liquidierungsaktionen unter ständiger Aufsicht des EK ohne wesentliche Anstände gelöst.

Die übrigen Partisanengruppen wurden reibungslos entwaffnet.

Neben der Aufstellung des Partisaneneinsatztrupps wurde gleich in den ersten Tagen eine litauische Sicherheits- und Kriminalpolizei aufgestellt. Unter Führung eines höheren litauischen Polizeibeamten, D e n a u s k a s, wurden zunächst 40 frühere litauische Polizeibeamte, die zum grossen Teil aus den Gefängnissen befreit worden waren, eingesetzt. Ausserdem wurden nach sorgfältiger Überprüfung die weiter erforderlichen Hilfskräfte herangezogen. Die litauische Sicherheits- und Kriminalpolizei arbeitet nach den ihr vom EK 3 gegebenen Anweisungen und Richtlinien, wird in ihrer Tätigkeit laufend kontrolliert und, soweit irgend

angängig, zur Durchführung sicherheitspolizeilicher Arbeiten, die mit eigenen Kräften nicht bewältigt werden können - insbesondere Fahndung, Festnahmen und Durchsuchungen - herangezogen. Wesentliche Teile des Fahndungsmaterials, das von den Russen bei ihrem Rückzug verschleppt worden war, ist in Wilna aufgefunden und polizeilich ausgewertet worden.

In ähnlicher Weise wurden in Wilna und Schaulen aus den litauischen Selbstschutzkräften, die sich dort unter der Bezeichnung "Litauische Sicherheits- und Kriminalpolizei" selbständig gebildet hatten, brauchbare Hilfsorgane geschaffen. Insbesondere in Wilna war eine durchgreifende personelle Säuberung notwendig, da sich dort zum grossen Teil arbeitslose Beamte und Angestellte ohne jegliche Fachkenntnisse und zum Teil auch politisch belastete Elemente in der litauischen Sicherheitspolizei zusammengetan hatten. Nach der Entfernung der belasteten und unbrauchbaren Personen wird auch hier unter ständiger Aufsicht des EK 3 von der litauischen Sicherheits- und Kriminalpolizei durchaus brauchbare Arbeit geleistet.

Die sich im Wilnagebiet angesichts des dort wohnenden Volkergemischs - Litauer, Polen, Weissruthenen und Russen - auf verschiedenen Gebieten ergebenden Schwierigkeiten machen sich auch bei dem Einsatz der Hilfspolizeiorgane bemerkbar. In den überwiegend von Polen bewohnten Kreisen Salcimnikai, Oschmiana und Lida sind zurzeit noch polnische Hilfspolizeien tätig. Der [illegible] Hass zwischen Polen und Litauern hat zur Folge,

dass hier litauische Beamte nur unter deutschem Schutz Ermittlungen und Festnahmen durchführen können. Die polnische Hilfspolizei wird alsbald aufgelöst werden.

Bei der Personalergänzung innerhalb der litauischen Hilfspolizeien wird hauptsächlich auf die Partisanengruppen zurückgegriffen. Solange noch Exekutionen und Befriedungsaktionen grösseren Umfanges durchgeführt werden müssen, bleibt neben der litauischen Sicherheits- und Kriminalpolizei der obengenannte Partisanentrupp bestehen und wird voraussichtlich später in einem anderen Teil des Einsatzraumes ausserhalb Litauens eingesetzt.

Stärke und Verteilung der litauischen Hilfspolizei ist aus der Aufstellung Anlage 4 ersichtlich.

In L e t t l a n d hatte sich nach dem Einmarsch der deutschen Truppen ein Selbstschutz gebildet, der sich aus Angehörigen aller Bevölkerungskreise zusammensetzte und daher für polizeiliche Aufgaben zum Teil völlig ungeeignet war. Es galt, aus diesen bunt zusammengewürfelten und mannigfaltig bewaffneten Trupps eine brauchbare Truppe herauszukristallisieren und vor allem diejenigen Elemente auszuschalten, die durch den Beitritt zu den Selbstschutzformationen ihre bisherige kommunistische Einstellung oder sonst belastete Vergangenheit tarnen wollten.

In Riga wurde die erste Aufstellung von der Sicherheitspolizei selbst in Angriff genommen und ebenso wie in [illegible] grösseren Städten Lettlands zunächst Sicherheitskommando-

gebildet, die später in eine Hilfspolizei umgewandelt wurden, die jetzt durchweg aus ausgesuchten, zuverlässigen und fachlich geschulten Kräften besteht. An die Spitze der lettischen Hilfspolizei wurde in den grösseren Städten ein Präfekt gestellt. Die Hilfspolizeiformationen gliedern sich in eine Sicherheits- und eine Ordnungspolizei. Die Sicherheitshilfspolizei, die unter ständiger Aufsicht des EK 2 arbeitet, von ihm die Arbeitsrichtlinien erhält und über ihre Tätigkeit laufend eingehend Bericht erstattet, ist in eine politische Abteilung und in eine Abteilung Kriminalpolizei aufgeteilt.

Die für ordnungspolizeiliche Zwecke aufgestellten Hilfspolizeiformationen wurden in Litauen, Lettland und Estland der deutschen Ordnungspolizei nach deren späterem Einrücken zur Betreuung und zur Aufstellung der Schutzmannschaften übergeben.

Die Besoldung der gesamten lettischen Hilfspolizei wird aus Mitteln des lettischen Polizeietats bestritten.

Nachdem als vordringlichste Aufgabe diese Organisierung der Hilfspolizei in den Städten, insbesondere in Riga, durchgeführt war, wurden in den einzelnen Kreisen Lettlands Kreispolizeichefs als verantwortliche Leiter der polizeilichen Arbeit auf dem flachen Lande und in den kleinen Städten eingesetzt. Mit diesen Posten wurden geschulte Fachkräfte, meist ehemalige lettische Polizeioffiziere betraut. Da sich die Kreispolizeichefs gegenüber den ihnen unterstellten Selbstschutzführern vielfach nicht durchsetzen konnten und diese sich immer wieder

Eigenmächtigkeiten zuschulden kommen liessen, wurde der Selbstschutz - der übrigens vielfach völlig unter dem Einfluss der Ortskommandanturen stand - bald nach dem Inkrafttreten der Zivilverwaltung in Schutzmannschaften umgewandelt. Die Kreispolizeichefs, die von der Zivilverwaltung fast durchweg übernommen wurden, erstatten alle zehn Tage über die politische Lage und die polizeiliche Tätigkeit in ihrem Gebiet an den Führer des EK 2 und an den Kommandeur der Ordnungspolizei Bericht und erhalten ihre Weisungen. Am 12.9. wurde in Riga mit den Kreispolizeichefs eine erste Arbeitstagung durchgeführt. Es wurden insbesondere Fragen der Organisation behandelt und Richtlinien über die Behandlung der Juden und Kommunisten gegeben.

Da am Sitz eines jeden Gebietskommissariats eine Aussenstelle der Sicherheitspolizei und des SD besteht bezw. errichtet werden soll, die die zum Gebietskommissariat gehörenden Kreise zu bearbeiten hat, ist die Gewähr dafür gegeben, dass alle wichtigen, insbesondere die politisch-polizeilichen Vorgänge durch deutsche Polizeikräfte bearbeitet werden.

Die Schutzmannschaften werden aus Mitteln des Reiches besoldet.

Stärke und Verteilung der lettischen Hilfspolizei geht aus der als Anlage 4 beigefügten Übersicht hervor.

Anl

Ähnlich wie in Lettland war die Entwicklung in E s t l a n d . Auch hier wurden in Reval sofort von der deutschen Sicherheitspolizei estnische Hilfspolizeiorgane in grosser Zahl aufgestellt. Auf dem Lande konnte dabei auf bereits spontan in Bildung begriffene Formationen zurückgegriffen werden. Nach Überprüfung der zum Hilfspolizeidienst herangezogenen Personen wurde in Reval eine Polizeipräfektur mit 13 Polizeirevieren, einer Kriminal-Abteilung und einer politischen Abteilung errichtet.

Aufgabe der Polizeireviere und der Kriminal-Abteilung ist die Bewahrung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Die Kriminal-Abteilung hat alle ihr bekannt werdenden kriminellen Delikte selbst zu verfolgen und selbst zu bearbeiten, der Sicherheitspolizei jedoch alle Fälle laufend zu melden.

Die politische Abteilung der Polizeipräfektur untersteht in sachlicher Hinsicht unmittelbar der deutschen Sicherheitspolizei. Ihre Tätigkeit hat sich auf Fahndung, Festnahme und Verwahrung sowie die Herbeischaffung des Beweismaterials zu beschränken. Nach Abschluss dieser Arbeit werden die Akten dem Einsatzkommando mit einem Entscheidungsvorschlag vorgelegt. Ausserdem führt die politische Abteilung alle Überprüfungen von Personen durch, die in Wirtschaftsbetrieben tätig sind oder eingestellt werden sollen. Die Überprüfungsergebnisse werden dem Einsatzkommando zur Entscheidung vorgelegt.

Neben der Hilfspolizei wurde der Selbstschutz organisiert, der unter Führung durch Offiziere der ehemaligen estnischen Armee aus zuverlässiger Esten in [illegible] zusammengefasst wurde.

Die Selbstschutzformationen werden zur Durchführung von Exekutionen eingesetzt. Ihre weitere Aufgabe ist die Bekämpfung der in Estland immer noch auftauchenden versprengten Rotarmisten und Partisanengruppen. Ferner ist ihnen der Wachdienst in den heereswichtigen Betrieben, an Brücken, Lagerräumen und sonstigen sabotagegefährdeten Stellen übertragen worden. Für Gefangenentransporte stellt der Selbstschutz die Bewachungsmannschaften.

2) Neuaufbau des Gefängniswesens.

Die Gefängnisse in den baltischen Ländern wurden entweder völlig leer vorgefunden oder waren mit den von den Selbstschutzkräften ergriffenen Juden und Kommunisten belegt.

Die Bolschewisten haben bei ihrem Rückzug die Gefängnisinsassen entweder ermordet oder verschleppt. Das Gefängnispersonal war meist mit den Russen geflohen.

Da landeseigene Justizverwaltungen vorerst nicht existierten und die deutschen Gerichte erst nach Einführung der Zivilverwaltung eingesetzt worden, wurden zunächst alle Gefängnisse ohne Rücksicht auf ihre frühere Zweckbestimmung in polizeiliche Verwaltung genommen. Das Personal für den Gefängnisdienst stellen die Selbstschutzkräfte und Hilfspolizeien.

Soweit die Aufnahmefähigkeit der Hafträume nicht ausreichte, wurden provisorische Konzentrationslager errichtet. Die Vorarbeiten zur Errichtung von grösseren Konzentrationslagern laufen.

Die als Anlage 5 beigefügten Tabellen zeigen die jetzige Belegung der Gefängnisse.

II. Säuberung und Sicherung des Einsatzraumes.

1) Auslösung von Selbstreinigungsaktionen.

Auf Grund der Erwägung, dass die Bevölkerung der baltischen Länder während der Zeit ihrer Eingliederung in die UdSSR unter der Herrschaft des Bolschewismus und des Judentums aufs Schwerste gelitten hatte, war anzunehmen, dass sie nach der Befreiung von dieser Fremdherrschaft die nach dem Rückzug der Roten Armee im Lande verbliebenen Gegner in weitgehendem Masse selbst unschädlich machen würde. Aufgabe der Sicherheitspolizei musste es sein, die Selbstreinigungsbestrebungen in Gang zu setzen und in die richtigen Bahnen zu lenken, um das gesteckte Säuberungsziel so schnell wie möglich zu erreichen. Nicht minder wesentlich war es, für die spätere Zeit die feststehende und beweisbare Tatsache zu schaffen, dass die befreite Bevölkerung aus sich selbst heraus zu den härtesten Massnahmen gegen den bolschewistischen und jüdischen Gegner gegriffen hat, ohne dass eine Anweisung deutscher Stellen erkennbar ist.

In L i t a u e n gelang dies zum ersten Mal in Kauen durch den Einsatz der Partisanen. Es war überraschenderweise zunächst nicht einfach, dort ein Judenprogrom grösseren Ausmasses in Gang zu setzen. Dem Führer der oben bereits erwähnten Partisanengruppe, K l i m a t i s, der hierbei in erster Linie herangezogen wurde, gelang es, auf Grund der ihm von dem in Kauen eingesetzten kleinen Vorkommando gegebenen Hinweise ein Progrom einzuleiten,

ohne dass nach aussen irgendein deutscher Auftrag oder eine deutsche Anregung erkennbar wurde. Im Verlaufe des ersten Pogroms in der Nacht vom 25. zum 26.6. wurden über 1.500 Juden von den litauischen Partisanen beseitigt, mehrere Synagogen angezündet oder anderweitig zerstört und ein jüdisches Wohnviertel mit rund 60 Häusern niedergebrannt. In den folgenden Nächten wurden in derselben Weise 2.300 Juden unschädlich gemacht. In anderen Teilen Litauens fanden nach dem in Kauen gegebenen Beispiel ähnliche Aktionen, wenn auch in kleinerem Umfange, statt, die sich auch auf zurückgebliebene Kommunisten erstreckten.

Durch Unterrichtung der Wehrmachtsstellen, bei denen für dieses Vorgehen durchweg Verständnis vorhanden war, liefen die Selbstreinigungsaktionen reibungslos ab. Dabei war es von vornherein selbstverständlich, dass nur die ersten Tage nach der Besetzung die Möglichkeit zur Durchführung von Pogromen boten. Nach der Entwaffnung der Partisanen hörten die Selbstreinigungsaktionen zwangsläufig auf.

Wesentlich schwieriger war es, in L e t t l a n d ähnliche Säuberungsaktionen und Pogrome in Gang zu bringen. Im wesentlichen war dies darauf zurückzuführen, dass die gesamte nationale Führungsschicht, insbesondere in Riga, von den Sowjets ermordet oder verschleppt worden war. Es gelang zwar, auch in Riga durch entsprechende Einwirkung auf die lettische Hilfspolizei ein Judenpogrom in Gang zu setzen, in dessen Verlauf sämtliche Synagogen zerstört und etwa 400 Juden getötet wurden. Da in Riga sehr schnell eine allgemeine

Beruhigung der Bevölkerung eintrat, waren weitere Progrome nicht tragbar.

Soweit möglich, wurde sowohl in Kauen als auch in Riga durch Film und Photo festgehalten, dass die ersten spontanen Exekutionen der Juden und Kommunisten von Litauern und Letten durchgeführt wurden.

In Estland ergaben sich angesichts der verhältnismässig geringen Zahl von Juden keine Möglichkeiten zur Einleitung von Progromen. Die estnischen Selbstschutzkräfte haben lediglich in Einzelfällen besonders verhasste Kommunisten unschädlich gemacht, sich im allgemeinen aber auf die Durchführung von Festnahmeaktionen beschränkt.

2) Bekämpfung des Kommunismus.

Im Vordergrund der sicherheitspolizeilichen Arbeit in allen Teilen des Einsatzraumes stand die Bekämpfung des Kommunismus und des Judentums.

Mit der Sowjetarmee waren die Sowjetbeamten und die Sowjetfunktionäre der K.P. geflohen. Die Bevölkerung der baltischen Länder hat auf Grund der Erfahrungen der mehr als einjährigen bolschewistischen Zwangsherrschaft die Notwendigkeit erkannt, dass auch die nach dem Rückzug der Roten Armee übriggebliebenen Reste des Kommunismus beseitigt werden müssen. Diese Grundeinstellung erleichterte die sicherheitspolizeiliche Säuberungsarbeit auf diesem Gebiet wesentlich, zumal aktive nationalistische Kreise, also in Litauen die Partisanen, in Lettland und Estland die Selbstschutzkräfte, bei dieser Säuberung mitwirkten.

a) Sicherstellung des Materials.

Die auf diesem Arbeitsgebiet durchzuführenden sicherheitspolizeilichen Massnahmen waren in den baltischen Ländern im wesentlichen gleichartig. Von den Sonderkommandos wurden zunächst die wichtigsten Gebäude der kommunistischen Partei und ihrer Nebenorganisationen, Redaktionsräume der kommunistischen Presse, Diensträume der Berufsverbände und die Wohnungen der geflüchteten kommunistischen Spitzenfunktionäre besetzt und durchsucht. Diese Arbeit, die von den Sonderkommandos überall vor dem Eintreffen der Erfassungskommandos der Abwehrabteilung des OKW in Angriff genommen wurde,

wurde von den Hauptkommandos weitergeführt und auf alle Gebäude ausgedehnt, in denen irgendwelches Material zu vermuten war. Die Sicherstellung des Materials war an vielen Stellen dadurch erschwert, dass Selbstschutzkräfte in den wichtigsten Gebäuden selbst Durchsuchungen vornahmen und Material mitzunehmen versuchten, das erst wieder herbeigeschafft werden musste. In fast allen kommunistischen Partei- und Staatsgebäuden war trotz des schnellen sowjetrussischen Rückzuges der grösste Teil des Akten- und Karteimaterials von den Russen vernichtet oder mitgenommen worden. Die Nachrichtenübermittlungsgeräte waren durchweg zerstört.

Die sorgfältige Sichtung und Bearbeitung des zurückgelassenen Materials ergab trotzdem eine Fülle wertvoller Hinweise. Die Auswertungsarbeit wurde zunächst hauptsächlich darauf abgestellt, die Unterlagen für die Erfassung und Unschädlichmachung der zurückgebliebenen massgeblichen Kommunisten zu schaffen und zu vervollständigen. Zahlreiche Namensverzeichnisse gaben wertvolle Hinweise, die durch Befragung von Vertrauenspersonen und Bearbeitung der aus der Bevölkerung eingehenden Meldungen und Anzeigen ergänzt wurden.

Auch für die spätere Forschungsarbeit über den Kommunismus fiel einiges Material an. Soweit die Arbeitslage es zuliess, wurde es bereits ausgewertet. Hierbei wird zunächst angestrebt, einen möglichst genauen Einblick in die Organisation und Arbeitsweise der sowjetischen Behörden, insbesondere der GPU. zu gewinnen. Eine ziemlich genaue Übersicht gibt das bisher in Lettland, insbesondere in Riga, vom EK 2 erfasste und ausgewertete Material. Ein Sonderbericht

Anl. bericht hierüber ist als Anlage 6 beigefügt. Das in Estland bisher ausgewertete Material gibt, ergänzt durch die Aussagen der festgenommenen Spitzenfunktionäre, einen Überblick über die Organisation der obersten Behörden und Dienststellen der Estnischen Sozialistischen
Anl. Sowjetrepublik. Auf die als Anlage 7 beigefügte Übersichtszeichnung, die gleichzeitig ein Bild von der Bedeutung der festgenommenen Funktionäre gibt, darf verwiesen werden.

In grösseren Mengen wurde kommunistisches Propagandamaterial erfasst. Soweit die erfassten Unterlagen, insbesondere Karten, sowjetrussische Ausbildungsvorschriften und Dienstanweisungen, in erster Linie militärisch bedeutsam waren, wurden sie unverzüglich den Abwehrstellen oder den sonst in Betracht kommenden militärischen Dienststellen übergeben.

b) Fahndung und Festnahme von Kommunisten.

Neben den Durchsuchungsaktionen wurde eine systematische Fahndung nach zurückgebliebenen kommunistischen Funktionären und Rotarmisten und den durch ihre Tätigkeit für den Kommunismus stärker belasteten Personen durchgeführt. Stellenweise hatten die Selbstschutzkräfte die berüchtigsten Kommunisten bereits spontan unschädlich gemacht.

In den grösseren Städten wurden unter Einsatz aller verfügbaren Kräfte der Kommandos und der gesamten Selbstschutzformationen sowie mit Unterstützung der deutschen Ordnungspolizei Grossaktionen durchgeführt, in deren Verlauf zahlreiche Festnahmen und Durchsuchungen erfolgten.

Nach Durchführung dieser vordringlichsten Aufgaben in den Städten wurde durch kleine Teilkommandos auch die Säuberung auf dem Lande in Angriff genommen. Hierbei leisteten wiederum die Selbstschutzkräfte wertvolle Mitarbeit. Ländliche Selbstschutzverbände haben stellenweise die in ihrem Bereich erfassten Kommunisten auf Entfernungen von 150 km zu den Einsatzkommandos transportiert.

Der Umfang der Säuberungsarbeit bei der Bekämpfung des Kommunismus ist aus der als Anl. Anlage 8 beigefügten Übersicht über die Zahl der Exekutionen ersichtlich.

c) Bekämpfung der illegalen kommunistischen Arbeit.

Neben der Durchführung der Säuberungsarbeit wurde besonderes Augenmerk auf alle Versuche der Fortführung kommunistischer Tätigkeit gerichtet. Stellenweise kam es in den ersten Tagen und Wochen nach der Besetzung zu nächtlichen Feuerüberfällen auf deutsche Posten und Dienststellen. Besonders in Libau, das vor und während der Bolschewistenzeit als "rötoste" Stadt Lettlands galt, hat das hier eingesetzte Teilkommando erfolgreiche Abwehrarbeit geleistet.

Vereinzelt fanden Zusammenkünfte von Kommunisten statt, bei denen die Aufnahme einer illegalen Tätigkeit erörtert wurde. Es gelang, eine ganze Reihe solcher Gruppen zu erfassen und unschädlich zu machen. Ein schnelles Zugreifen war um so notwendiger, als von vornherein damit gerechnet werden musste, dass die Bolschewisten eine grössere Anzahl zuverlässiger Anhänger zum

Aufbau der illegalen Arbeit im Lande zurückgelassen hatten. Um auch diesen Kreis möglichst umfassend unschädlich zu machen, wurde ein Netz von V-Männern errichtet, das ständig ausgebaut wird. Auf diese Weise ist es in L e t t l a n d gelungen, Einblick in die meist aus Russen bestehende Terrororganisation zu bekommen, die u.a. beabsichtigt, die im Zentralgefängnis Riga einsitzenden Kommunisten mit Waffengewalt zu befreien. Acht Mitglieder dieser Organisation wurden bereits festgenommen. Zurzeit laufen Ermittlungen über eine grössere Organisation, das sogenannte "Territorialkorps zur Befreiung Lettlands". Dieses Korps ist in Gorkyj aufgestellt worden und soll aus zwei Gruppen von 12o Mann bestehen. EinTeil dieses Korps arbeitet in Riga und beschränkt sich z.Zt. noch auf das Erkunden von Sabotagemöglichkeiten.

Auch in der Provinz soll diese Organisation ihre Tätigkeit bereits aufgenommen haben. Führer des Korps ist ein aus Moskau entsandter kommunistischer Funktionär. Zu gegebener Zeit wird die Organisation, die weiter mit V-Männern durchsetzt wird, unschädlich gemacht.

Abgesehen von vereinzelter Verteilung von Hetzflugblättern, in denen zum Widerstand gegen die Besatzungstruppen und zum Ausharren aufgefordert wird, ist eine aktive kommunistische Wühlarbeit bisher in Lettland nicht festgestellt worden. Es kann mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, dass Lettland im wesentlichen von aktiven Kommunisten gesäubert ist. Dieses ergibt sich u.a. auch daraus, dass die Zahl der Sabotageakte, der Beschädigung von

Wehrmitteln und der Brandstiftungen überaus gering ist.

In E s t l a n d wurde hinsichtlich der Aufnahme der illegalen Arbeit festgestellt, dass die Parteileitung in Moskau Ende Juli den Zentralkomitees der Bundesrepubliken den Befehl erteilt hatte, in den von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebieten geeignete Mitglieder der Partei zurückzulassen, um illegal arbeitende Gruppen zu bilden und insbesondere den Partisanenkrieg zu organisieren. Sie sollten sich zunächst einige Wochen in Reval verbergen und dann mit dem Aufbau der illegalen Parteiorganisation beginnen. Die frühzeitige Festnahme der 7 massgebendsten Funktionäre und die Flucht zahlreicher Kommunisten, die für die Mitarbeit in Betracht gekommen wären, verhinderte den zentralen Parteiaufbau in Estland. Die Festgenommenen erklärten bei der Vernehmung übereinstimmend, dass sie noch keine Verbindungen aufgenommen hätten. Die Bedeutung der festgenommenen Spitzenfunktionäre ist aus der als Anl. Anlage 7 beigefügten Übersicht über die früheren obersten sowjetischen Behörden in Estland ersichtlich.

Im Kreis Dorpat wurden einige Terrorgruppen erfasst, die im ganzen Land Sabotage- und Terrorakte verüben sollten. Ausser der Zerstörung einiger Kabel und einem Brand in Reval sind auch in Estland bisher Sabotageakte nicht verübt worden. Auf Grund der von den festgenommenen Funktionären gemachten Aussagen laufen zurzeit noch umfangreiche Fahndungsmassnahmen,

3) Bekämpfung des Judentums.

Es war von vornherein zu erwarten, dass allein durch Progrome das Judenproblem im Ostlande nicht gelöst werden würde. Andererseits hatte die sicherheitspolizeiliche Säuberungsarbeit gemäss den grundsätzlichen Befehlen eine möglichst umfassende Beseitigung der Juden zum Ziel. Es wurden daher durch Sonderkommandos, denen ausgesuchte Kräfte - in Litauen Partisanentrupps, in Lettland Trupps der lettischen Hilfspolizei - beigegeben wurden, umfangreiche Exekutionen in den Städten und auf dem flachen Lande durchgeführt. Der Einsatz der Exekutionskommandos war reibungslos. Bei der Zuteilung von litauischen und lettischen Kräften zu den Exekutionskommandos wurden insbesondere solche Männer ausgewählt, deren Familienmitglieder und Angehörige von den Russen ermordet oder verschleppt worden waren.

Zu besonders scharfen und umfassenden Massnahmen musste in Litauen gegriffen werden. Die Juden hatten sich stellenweise - insbesondere in Kauen - bewaffnet, beteiligten sich aktiv am Heckenschützenkrieg und legten Brände an. Im übrigen haben die Juden in Litauen in besonders aktiver Weise mit den Sowjets Hand in Hand gearbeitet.

Die Gesamtzahl der in Litauen liquidierten Juden beläuft sich auf 71.1o5.

Bei den Progromen wurden in Kauen 3.8oo, in den kleineren Städten rund 1.2oo Juden beseitigt.

Auch in L e t t l a n d beteiligten sich die Juden nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht als Saboteure und Brandstifter. In Dünaburg wurden von Juden derart viele Brände angelegt, dass ihnen ein grosser Teil der Stadt zum Opfer fiel. Das Elektrizitätswerk brannte vollständig aus. Die hauptsächlich von Juden bewohnten Strassenzüge blieben unversehrt.

In Lettland sind bisher insgesamt 30.000 Juden exekutiert worden. 500 wurden durch die Progrome in Riga unschädlich gemacht.

Von den 4.500 Juden, die bei Beginn des Ostfeldzuges in E s t l a n d lebten, sind die meisten beim Rückzug der Roten Armee geflüchtet. Etwa 2.000 sind zurückgeblieben. Allein in Reval wohnten fast 1.000 Juden.

Die Festnahme aller männlichen Juden über 16 Jahre ist fast abgeschlossen. Mit Ausnahme der Ärzte und der vom Sonderkommando eingesetzten Juden-Ältesten werden sie durch den estnischen Selbstschutz unter Kontrolle des Sonderkommandos 1 a exekutiert. Die arbeitsfähigen, in Reval und Pernau wohnenden Jüdinnen im Alter von 16 bis 60 Jahren wurden festgenommen und zum Torfstechen und sonstigen Arbeitsleitungen eingesetzt.

In Harku wird zurzeit ein Lager errichtet, in das alle Juden aus Estland eingewiesen werden, so dass in kurzer Zeit Estland judenfrei sein wird.

Schon nach Durchführung der ersten grösseren Exekutionen in Litauen und Lettland zeigte es sich, dass eine restlose Beseitigung der Juden nicht durchführbar ist, zumindest nicht in jetzigen Zeitpunkt. Da das Kriegswerk in

Litauen und Lettland zum grossen Teil in jüdischen Händen liegt und manche Berufe (insbesondere Glaser, Klempner, Ofensetzer, Schuhmacher) fast ausschliesslich von Juden ausgeübt werden, ist ein grosser Teil der jüdischen Handwerker bei der Instandsetzung lebenswichtiger Anlagen, für den Wiederaufbau der zerstörten Städte und für kriegswichtige Arbeiten zurzeit unentbehrlich. Wenngleich von den Betrieben angestrebt wird, die jüdischen Arbeitskräfte durch litauische und lettische zu ersetzen, ist eine sofortige Ablösung aller im Arbeitsprozess eingesetzten Juden noch nicht möglich, insbesondere nicht in den grossen Städten. Dagegen werden in Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern z.Zt. die nicht mehr arbeitsfähigen Juden erfasst und demnächst in kleinen Aktionen exekutiert.

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang noch der stellenweise erhebliche Widerstand der Dienststellen der Zivilverwaltung gegen die Durchführung von Exekutionen grösseren Umfanges, denen überall mit dem Hinweis darauf, dass es sich um die Durchführung grundsätzlicher Befehle handele, entgegengetreten wurde.

Neben der Organisierung und Durchführung der Exekutionsmassnahmen wurde gleich in den ersten Tagen des Einsatzes in den grösseren Städten auf die Schaffung von Ghettos hingewirkt. Besonders dringlich war dies in Kauen, da dort bei einer Gesamteinwohnerzahl von 152.400 30.000 Juden wohnten. Daher wurde nach dem Abrollen der ersten Progrome ein jüdisches Komitee vorgeladen, dem eröffnet wurde, dass die deutschen Stellen bisher keinen Anlass gehabt

hätten, in die Auseinandersetzungen zwischen Litauern und Juden einzugreifen. Voraussetzung für die Schaffung normaler Verhältnisse sei zunächst die Errichtung eines jüdischen Ghettos. Als von dem jüdischen Komitee Einwendungen erhoben wurden, wurde erklärt, dass anders keine Möglichkeit bestehe, weitere Progrome zu verhindern. Die Juden erklärten sich daraufhin sofort bereit, alles zu tun, um ihre Rassegenossen mit grösster Beschleunigung in den als jüdisches Ghetto vorgesehenen Stadtteil Viliampol umzusiedeln. Dieser Stadtteil liegt in dem Dreieck zwischen der Memel und einem Zufluss und ist nur durch eine Brücke mit Kauen verbunden und daher leicht absperrbar.

In Riga wurde als Ghetto die sogenannte "Moskauer Vorstadt" bestimmt. Es handelt sich hier um das schlechteste Wohnviertel in Riga, das auch bisher schon im wesentlichen von Juden bewohnt war. Die Einweisung der Juden in den Ghettobezirk war ziemlich schwierig, weil die dort noch wohnenden Letten ausgesiedelt werden mussten und der Wohnraum in Riga sehr beengt ist. Von den in Riga verbliebenen insgesamt rund 23.000 Juden sind bisher 24.000 im Ghetto untergebracht. Die Sicherheitspolizei beschränkte sich bei der Schaffung der Ghettos auf rein polizeiliche Aufgaben, während die Einrichtung und Verwaltung der Ghettos sowie die Regelung der Verpflegung der Insassen der Zivilverwaltung und im Arbeitseinsatz den Arbeitsämtern überlassen wurden.

Auch in den übrigen Städten, in denen noch eine grössere Anzahl von Juden wohnt, werden Ghettos eingerichtet.

Die Kennzeichnung der Juden durch einen gelben Davidstern auf der Brust und auf dem Rücken, die zunächst durch mündliche sicherheitspolizeiliche Befehle angeordnet wurde, ist auf Grund entsprechender Anordnungen des Befehlshabers für das rückwärtige Heeresgebiet und später der Zivilverwaltung in kurzer Zeit durchgeführt worden.

Anl. Die Zahl der bisher liquidierten Juden ist aus der als Anlage 8 beigefügten Aufstellung ersichtlich.

4) Partisanen-Bekämpfung.

In den ersten Wochen des Krieges stellten die Sowjets Partisanenregimenter auf, die den Auftrag hatten, hinter den deutschen Linien bis weit in das rückwärtige Heeresgebiet hinein Sabotageakte durchzuführen und auf jede nur denkbare Weise Beunruhigung durch Überfälle und Terrorakte hervorzurufen. Neben diesen durch die deutschen Linien geschickten Einheiten bildeten sich aus den zurückgebliebenen Kommunisten und versprengten Rotarmisten Partisanengruppen, die in derselben Weise tätig wurden. Ausserdem wurden an verschiedenen Stellen Partisanen als Fallschirmabspringer eingesetzt.

Nachdem zunächst von den sicherheitspolizeilichen Einsatzkommandos und von der Wehrmacht einzelne Teile des zu säubernden Gebietes systematisch durchkämmt wurden, ergab sich auf Grund der hierbei gesammelten Erfahrungen sehr bald, dass eine Bekämpfung der Partisanen nur auf nachrichtendienstlicher Grundlage erfolgversprechend ist. Da der Aufbau eines Nachrichtennetzes allein nicht ausreicht, wurden die den Kommandos zugeteilten lettischen Dolmetschertrupps als Zivilerkunder eingesetzt. Auf diese Weise wurden ständig zunehmende Erfolge bei der Aufspürung der Partisanen erzielt. Stellenweise wurden eigene Kräfte zur Unschädlichmachung der Partisanentrupps eingesetzt. Soweit erforderlich, wurden gemeinsam mit Wehrmachtsteilen grössere Aktionen durchgeführt. Das Nachrichtennetz wurde so ausgebaut, dass die Orts- und Feldkommandanturen

die Aufgabe der Nachrichtenanlaufstellen übernehmen und die eingehenden Meldungen an die in Betracht kommenden Truppenteile weiterleiten. Bei der eigentlichen Partisanenbekämpfung wurde eine Menge von Erfahrungen gesammelt. Durch Vernehmung von gefangenen Mitgliedern der Partisanentrupps und sonstigen Gefangenen ergab sich im Laufe der Zeit ein ziemlich vollständiger Überblick über die Zusammensetzung, die Aufgaben und die Kampfesweise der Partisanen. Diese Erfahrungen wurden sorgfältig ausgewertet und in Form von Erfahrungsberichten, die von den Armeen erbeten wurden, verwertet. Abschriften der letzten Erfahrungsberichte sind als Anlage 2 beigefügt.

Anl.

5) Sonstige sicherheitspolizeiliche Arbeiten.

1) Gelegentlich machten die Zustände in den Irrenanstalten sicherheitspolizeiliche Massnahmen erforderlich. Zahlreiche Anstalten waren von den Russen beim Rückzug aller Verpflegungsvorräte beraubt worden. Das bewachungs- und Pflegepersonal war vielfach geflüchtet. Da die Insassen aus verschiedenen Anstalten ausbrachen und zu einer Gefahr für die Sicherheit wurden, wurden

in Aglona (Litauen)	544	Geisteskranke
in Mariampol "	109	"
und in Mogutowo (bei Luga)	95	"
insgesamt	748	Geisteskranke

liquidiert.

In einigen Fällen baten Wehrmachtsdienststellen, auch andere Anstalten, die für Quartierzwecke benötigt wurden, in der gleichen Weise zu säubern. Da hier jedoch sicherheitspolizeiliche Belange ein Eingreifen nicht erforderlich machten, wurde den Wehrmachtsstellen anheimgestellt, mit eigenen Kräften die für notwendig erachteten Massnahmen zu treffen.

2) Die Einsatzkommandos veranlassten in grossem Umfange die Nachforschung nach Verschleppten, ferner die Exhumierung und Identifizierung von den Bolschewisten ermordeter Personen. Aus propagandistischen

distischen Gründen wurden hierbei die Propagandastaffeln der Wehrmacht und stellenweise auch die ausländische Presse beteiligt.

In Estland wurde die Ausgrabung der von den Russen ermordeten Esten in grösserem Umfange organisiert. Angesichts des Umfanges der in dieser Hinsicht zu leistenden Arbeit wurde in Reval eine Zentralstelle geschaffen, die unter Aufsicht der Sicherheitspolizei systematisch nach dem Verbleib der Verschleppten und Ermordeten fahndet.

Das Ausmass dieser Arbeit zeigt die Tatsache, dass allein aus Reval 30.000 Männer als vermisst gemeldet sind.

III. Spionageabwehr.

Das Netz des englischen, französischen und amerikanischen Nachrichtendienstes, das in den baltischen Ländern aufgebaut worden war, ist infolge der Flucht oder Beseitigung der Agenten zerrissen. Durch die zurzeit laufenden Ermittlungsarbeiten werden die letzten Reste unschädlich gemacht. In L i t a u e n sind bisher 28 Personen wegen Spionageverdachts festgenommen worden. Hiervon wurden den Staatspolizeistellen Königsberg und Tilsit 7 überstellt. Die übrigen Fälle sind z.Zt. noch nicht abschliessend bearbeitet.

In L e t t l a n d wurden 11 Personen wegen Spionage festgenommen. In 25 weiteren Fällen laufen die Vorermittlungen.

Es muss damit gerechnet werden, dass der feindliche Nachrichtendienst, insbesondere der englische, in nächster Zeit versuchen wird, seine Tätigkeit wieder aufzunehmen, um neben der Spionagetätigkeit Sabotageorganisationen aufzuziehen und Möglichkeiten zur Aufhetzung der Bevölkerung der besetzten Länder zu schaffen. Durch Aufbau eines ausgedehnten Netzes von V-Personen und weitere enge Zusammenarbeit mit den Abwehrstellen wird diesen Versuchen entgegengewirkt, soweit die geringe Zahl der zur Verfügung stehenden, in der Abwehrarbeit geschulten Kräften dies möglich macht.

IV. Personenüberprüfung und Karteiwesen.

Die Überprüfungen von Personen auf ihre politische Zuverlässigkeit nimmt ständig grösseren Umfang an. Ausser der Überprüfung der bei den Behörden beschäftigten Personen läuft die Überprüfung der in den wichtigsten Betrieben beschäftigten Personen. Bei der Herbeischaffung des Auskunftsmaterials leisten die Hilfspolizeien wertvolle Mitarbeit. Da die Aufstellung der Kartei der politisch nachteilig in Erscheinung getretenen Personen gleich bei Beginn der Arbeit in Angriff genommen wurde und systematisch fortgeführt wurde, sind in Lettland bereits 23.000 Personen karteimässig erfasst. Die Kartei in Litauen umfasst bisher über 10.000 Karteikarten.

V. Kriminalpolizeiliche Arbeit.

Nach der Eingliederung der baltischen Staaten in die UdSSR wurde die kriminalpolizeiliche Arbeit von der roten "Milizverwaltung" übernommen. Die bisherigen Leiter der Kriminalpolizeidienststellen wurden durchweg ihres Amtes enthoben, in Haft genommen oder ermordet. Auch die übrigen Beamten wurden nach und nach entlassen und verschickt oder in Haft genommen und durch Juden oder aus Russland gekommene Funktionäre ersetzt.

Vor ihrer Flucht haben die sowjetischen Beamten bei der Vernichtung des Akten- und Karteimaterials nicht nur alle Unterlagen über ihre eigene kriminalpolizeiliche Arbeit, sondern auch die von den ehemaligen Kriminalpolizeien übernommenen Karteien und Akten beseitigt oder verschleppt.

Die starke Inanspruchnahme der Einsatzkommandos durch die Befriedungs- und Säuberungsarbeit während der ersten Wochen und Monate machte es unmöglich, mit eigenen Kräften auch kriminalpolizeiliche Aufgaben in grösserem Umfang durchzuführen. Es wurde deshalb im Zuge des Aufbaues der Hilfspolizeien besonderer Wert darauf gelegt, aus landeseigenen Kräften das Kriponetz neu zu errichten. Es wurden zunächst Präfekten und Kreispolizeichefs eingesetzt, die frühere Kripobeamte und sonstige geeignete Mitarbeiter heranzogen. Eine sorgfältige Überprüfung dieser Kräfte und eine sehr weitgehende Kontrolle der Tätigkeit dieser Dienststellen gewährleistete ein Arbeiten nach dem von der deutschen Sicherheitspolizei gegebenen Richtlinien.

Grundsätzlich wurde in den Kripodienststellen der baltischen Länder folgende Regelung getroffen:
Die landeseigenen Kripodienststellen berichten den Einsatzkommandos oder den örtlichen Teilkommandos und Aussenstellen täglich über die bei ihnen anfallenden Vorgänge und die durchgeführten Festnahmen und Durchsuchungen. Soweit es sich um Straftatbestände handelt, bei denen deutsche Militär- oder Zivilpersonen beteiligt oder geschädigt worden sind, wird die weitere Bearbeitung nach der ersten Feststellung des Tatbestandes von der deutschen Sicherheitspolizei übernommen. Nachdem der Aufbau der kriminalpolizeilichen Dienststellen beendet ist, ist nunmehr die Errichtung eines straff organisierten kriminalpolizeilichen Netzes in Angriff genommen worden.

Weiter muss erreicht werden, dass das Fahndungswesen sehr eng an die Fahndung im Reich angegliedert wird. Vom Amt V sind Muster der im Kartei- und Fahndungswesen gebräuchlichen Vordrucke angefordert worden. Ferner wird zurzeit daran gearbeitet, die bisher in diesem Raum unbekannte vorbeugende Verbrechensbekämpfung zu organisieren. Um bis zur Einführung vorbeugender Massnahmen die schwersten Fälle zu bereinigen, werden Berufsverbrecher von den Einsatzkommandos übernommen und, sofern es der Sachverhalt geboten erscheinen lässt, exekutiert.

In L i t a u e n war das gesamte kriminalpolizeiliche Aktenmaterial von den Bolschewisten verschleppt worden, wurde aber zum Teil in Wilna aufgefunden und der litauischen Kriminalpolizei übergeben. Nach den vom EK 3 gegebenen

nen Weisungen wurde das polizeiliche Meldewesen und die Fahndungsarbeit in Gang gebracht. Die Zahl der bei der litauischen Kriminalpolizei bisher angefallenen schwereren Verbrechen ist sehr gering. Am stärksten ist der Arbeitsanfall im Diebstahlsreferat. Besondere Massnahmen mussten in Kauen auf dem Gebiet der Sittenpolizei getroffen werden. Um eine weitere Verbreitung der dort besonders häufigen Geschlechtskrankheiten zu verhüten, wurden in Zusammenarbeit mit der Feldkommandantur die notwendigen Massnahmen getroffen. Es werden laufend Razzien und Streifen in Parkanlagen, Hotels und Kaffeehäusern durchgeführt, um insbesondere geschlechtskranke Prostituierte zu erfassen.

Am weitesten vorgeschritten ist der Aufbau der Kriminalpolizei in L e t t l a n d . Die Russen haben bei ihrem Rückzug hier lediglich die Strafkartei, die seit dem Jahre 1914 geführt wird, zurückgelassen, alles übrige Aktenmaterial und kriminaltechnisches Gerät aber vernichtet. Die Besetzung und Organisation der lettischen Kriminalpolizei geht aus der
Anl. als Anlage 10 beigefügten Übersicht hervor.
Anl. Die gleichfalls als Anlage 11 beigefügte Tätigkeitsübersicht für die Monate Juli/September 41 zeigt das Ausmass der Kriminalität und die Erfolge der lettischen Kriminalpolizei.

Auch in E s t l a n d ist der Aufbau der Kriminalpolizei im wesentlichen beendet
Anl. (Vergl. Anlage 12). Die Aufnahme der Kripoarbeit in Estland war besonders dadurch erschwert, dass die Russen bei ihrem Rückzug sämtliche Karteien und Akten vernichtet oder verschleppt

haben. Die Kriminalität in Estland ist äusserst gering. Bemerkenswert ist, dass z.B. in Reval innerhalb von sechs Wochen nur ein einziger Fall eines schweren Diebstahls zur Bearbeitung kam. Plünderungen und Raubüberfälle sind überhaupt nicht zu verzeichnen. Die estnische Kriminalpolizei wurde in starkem Masse zur Ermittlung und Identifizierung der von den Russen ermordeten Esten herangezogen.

B. Der altrussische Raum und Weissruthenien.

Wesentlich anders als im baltischen Raum sind naturgemäss die Verhältnisse in dem zum Raum der Einsatzgruppe A gehörenden altrussischen Gebiet und in Weissruthenien. Die sicherheitspolizeiliche Arbeit musste sich daher in diesen Gebieten in ganz anderem Rahmen bewegen.

Irgendwelche einheimischen Ordnungskräfte waren im altrussischen Gebiet nirgends vorhanden, so dass die Befriedungsarbeit durch eigene Kräfte durchgeführt werden musste. Der russische Teil des Einsatzraumes ist sehr weit und dünn besiedelt. Ausser Pleskau, Luga und Nowgorod gibt es keine grösseren Städte. Diese drei, zum grossen Teil zerstörten Städte wurden in der üblichen Weise überholt. Die Zahl der zurückgebliebenen massgeblichen Kommunisten und Juden war jedoch verhältnismässig gering. Auch in den kleineren Ortschaften waren die meisten Kommunisten Funktionäre rechtzeitig geflüchtet.

Das Schwergewicht der sicherheitspolizeilichen Arbeit in diesem Teil des Einsatzraumes lag in der Bekämpfung des Partisanenunwesens. (Siehe hierzu oben bei A II,4.)

Da Weissruthenien bisher von der Einsatzgruppe B bearbeitet und erst kürzlich übernommen wurde, wird auf die Berichterstattung der Gruppe B Bezug genommen. Zurzeitlaufen die ersten grösseren Säuberungsaktionen. Von der Einsatzgruppe B wurden bisher 7.62o Juden in Borrissow liquidiert. Die im Lande verblie-

benen Kommunisten entfalten eine starke Aktivität. Nach Durchführung der nötigen Vorarbeiten wird auch in dieser Hinsicht eine umfassende Säuberung durchgeführt. Die zahlreichen Partisanentrupps schaffen in allen Teilen Weissruthenien erhebliche Beunruhigung. Die bisher zur Partisanenbekämpfung eingesetzten Wehrmachtsteile werden durch die sicherheitspolizeilichen Einsatzkommandos, insbesondere hinsichtlich der Errichtung eines Nachrichtennetzes, unterstützt.

Weitere umfangreiche Massnahmen werden sich gegen die polnischen Chauvinisten richten, die sich Hand in Hand mit Juden und Kommunisten in äusserst starker Weise deutschfeindlich betätigen.

Der Aufbau der kriminalpolizeilichen Arbeit in Weissruthenien ist im Gange. Da in dem altpolnischen Teil Weissruthenien von Wehrmachtsdienststellen in starkem Umfange Polen als Hilfsorgane herangezogen worden sind, die Heranziehung von Polen zu hilfspolizeilichen Aufgaben aber politisch nicht tragbar ist, andererseits aber geeignete weissruthenische Kräfte nur in sehr geringem Umfange zur Verfügung stehen, wird der Aufbau der kriminalpolizeilichen Arbeit dort erheblich langsamer durchgeführt werden können, als im baltischen Raum.

Im altrussischen Teil des Einsatzraumes muss die kriminalpolizeiliche Arbeit in Ermangelung jeglicher landeseigener Ordnungskräfte von den Einsatzkommandos selbst durchgeführt werden. Sie konnte sich naturgemäss nur darauf beschränken, aufgegriffene Schwerverbrecher und Gewohnheitsverbrecher zu exekutieren

Übersicht über die Lage vor dem Einmarsch der deutschen Truppen.

Das Gebiet der Einsatzgruppe A, soweit es sich mit dem Bereich des Reichskommissariats Ostland deckt, ist geschichtlich und volkstumsmässig in zwei Teile zu trennen, nämlich in die ehemaligen baltischen Staaten Litauen, Lettland, Estland und Weissruthenien. Geschichtlich ist eine Trennung notwendig, weil Weissruthenien schon seit der russischen Revolution der UdSSR angehört, die baltischen Staaten jedoch erst am 17.Juni 1940 durch äusseren Druck der Sowjet-Union einverleibt wurden. Volkstumsmässig scheint eine Trennung angebracht, weil die Völker der baltischen Staaten, insbesondere die Letten und Esten, einen hohen nordischen Blutsan-
Anlg.13 teil besitzen, die Einwohner Weissrutheniens dagegen vorwiegend ostisch sind.

Die baltischen Staaten hatten sich vor dem 17. Juni 1940 sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht den westeuropäischen Staaten angeschlossen. Die Aussenpolitik steuerte einen ausgesprochenen pro-englischen Kurs, wobei vor allem Lettland die treibende Kraft war, und stand vollständig unter dem Einfluss von Freimaurern und sonstigen jüdisch-plutokratischen Organisationen. Die deutsch-feindliche

Stimmung wurde durch geschickte Propaganda gefördert und der Gedanke unterstützt, dass die baltischen Staaten ihre Selbständigkeit den Engländern und Franzosen zu verdanken hätten, und dass nur auf Grund der engen Verbindung mit England und seiner Unterstützung ein so hohes kulturelles und soziales Niveau erreicht und so hervorragende wirtschaftliche Erfolge hätten erzielt werden können. Zur Vertiefung dieser Politik wurden besonders in Lettland englische und französische Sprachschulen gegründet, die beiden Sprachen in der Mittelschule als Hauptfächer eingeführt, Filme deutsch-feindlichen Inhalts gedreht und schliesslich die geschichtliche Entwicklung so dargestellt, dass sie zu Dank gegen England verpflichtete.

Der Lebens-und Kulturstandard war, insbesondere in Estland und Lettland, relativ hoch; der Arbeiter lebte in guten wirtschaftlichen Verhältnissen und konnte mit seinem Jahresverdienst von durchschnittlich 1 674 Lats (Lettland) ein sorgenfreies Dasein führen. Das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Geistesarbeiters betrug 2 921 Lats (Lettland) und wurde nach folgendem Index verbraucht:

	Arbeiter	Geistesarbeiter
Ernährung	42%	30%
Bekleidung	13%	14%
Wohnung	15%	15%
Sonstiges	30%	41%

Aus dem hohen Prozentsatz der Indexziffer "Sonstiges" ergibt sich, dass der Arbeiter fast ein Drittel seines Gehaltes für nicht lebensnotwendige Dinge ausgeben konnte, der Geistesarbeiter sogar beinahe die Hälfte.

Die soziale Gesetzgebung umfasste Hinterbliebenen-und Unfallversorgung, ein besonderes Gesetz sicherte dem Arbeiter Erholung und Urlaub und schliesslich war die Krankenkassenversorgung beinahe vorbildlich organisiert. Die ärztliche Betreuung war in Stadt und Land ausreichend, ebenso genügte die staatliche Gesundheitslenkung den an sie gestellten Anforderungen. In Lettland gab es z.B. 3 staatliche Säuglingsheime, mehrere Kinderheime, 84 Kindergärten; ferner wurden bedürftigen Müttern unentgeltlich Säuglingsausstattungen zur Verfügung gestellt, kinderreiche Familien erhielten besondere Unterstützung. Gleichzeitig hatten die baltischen Staaten Pensionsgesetze und verfügten über Wohlfahrtsfonds zur Versorgung nicht pensionsberechtigter Bedürftiger.

Das Schulwesen, das nach dem Weltkrieg noch völlig unentwickelt war, wurde im Laufe der folgenden 20 Jahre auf ein dem Kulturstand der Weststaaten entsprechendes Niveau gebracht. Analphabethen gab es nur noch vereinzelt in Litauen. Relativ beträchtlich war die Zahl der konfessionellen Lehr-

anstalten. So gab es z.B. in Lettland insgesamt 108 mit 14 715 Schülern, gegenüber 77 Mittelschulen mit 17 052 Schülern. Universitäten gab es in Dorpat, Riga und Kowno.

Die Kunst war ebenso wie das übrige kulturelle Leben vorherrschend jüdisch eingestellt, insbesondere in Lettland und Litauen.

Das Pressewesen war stark ausgebaut und zum Teil sogar übersteigert, wie aus der Zahl von 186 Zeitungen und Zeitschriften für das lettische 2 Millionen Volk hervorgeht.

Wirtschaftlich gesehen sind die baltischen
Anlg.14 Staaten vorwiegend landwirtschaftlich ausgerichtet. Alle drei Staaten hatten eine stark ausgebaute Landwirtschaft und hochentwickelte Viehzucht. Die Erträgnisse wurden nur zum Teil im eigenen Land verbraucht, ausgeführt wurden vor allem Butter, Eier, Käse und Fleischkonserven. Die Zahl der volksfremden Landarbeiter war lediglich in Litauen beträchtlich, was durch den ohnehin zahlenmässig sehr starken Prozentsatz der dort ansässigen Polen bedingt war. Lettland benötigte für seine Landwirtschaft 1939 nur noch etwas über 12 000 Polen und über 20 000 Russen. Die Intensivierung der Bodenbewirtschaftung kommt allerdings bei weitem nicht an die deutsche heran, sodass die Hektarerträge bis zu 50% unter denen des deutschen

Reiches liegen. Auch die Anwendung von künstlichen Düngemitteln, Mechanisierung und Motorisierung lassen viel zu wünschen übrig, sodass die Zahl der notwendigen Arbeitskräfte in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Ertrag steht.

Die Industrie spielt in Estland eine gewisse Rolle. An Bodenschätzen ist vor allem Ölschiefer zu finden. Ein weiterer Grund für den relativ grosszügigen Ausbau der estnischen Industrie ist in der materiellen Denkweise der Esten zu suchen, da auf diesem Gebiet am meisten zu verdienen ist. Hervorzuhaben sind neben den Ölschieferwerken eine Zementfabrik, bedeutende Holz- und Zellstoffabriken und schliesslich eine gut ausgebaute Lebens-
Anlg.15 mittel-und Elektrizitätsversorgung.

In Lettland waren im Jahre 1935 ung. 14% der Einwohnerzahl in der Industrie beschäftigt. Besonders ausgebaute Industriezweige stellen die Holz-,Papier-, Nahrungsmittel und Flachsindustrie dar. Der Handel spielt auf Grund der geopolitischen Lage der Baltenstaaten von jeher eine bedeutende Rolle. In Lettland waren rund 10% der Bevölkerung in 37 830 Handelsunternehmen beschäftigt. Ein grosser Teil der Unternehmungen waren staatliche Handelsunternehmen, vor allem in den Lebensmittelbranchen und den sonstigen Artikeln des täglicher Bedarfs. Ähnlich war die Lage

in Litauen, wo insbesondere die Verteilung der landwirtschaftlichen Produkte einer Genossenschaft (Pieno Centras) oblag, die vom Staat kontrolliert wurde.

Die finanzielle Lage der drei Staaten entsprach dem jeweiligen Volkswohlstand, Lettland und Estland hatten einen ausgeglichenen Steuerhaushalt, Litauen war zeitweise zur Aufnahme von Anleihen genötigt. In Lettland verteilte sich das Steueraufkommen von 112 Millionen Lats im Jahre 1938/39 fast zu 60% auf indirekte Steuern. Am stärksten, nämlich mit 60% des Verkaufspreises waren Rauchwaren, Zucker und Branntwein belegt, dann folgte Hefe mit 40%, Bier mit 30%, ferner Textilien und Salz. Die direkten Steuern, nämlich die Einkommensteuer, Haus-und Grundbesitz-und Umsatzsteuer, betrug rund 13% der Staatseinnahmen. Der Rest des Staatsbudgets verteilte sich auf den Verdienst staatlicher Unternehmungen und sonstiger wirtschaftlicher staatlicher Beteiligungen. Die gesamten Staatseinnahmen im Budgetjahr 1938/39 betrugen mehr als 20% des Volkseinkommens Lettlands.

Die von den Baltenstaaten verfolgte Politik musste in dem Augenblick zur Katastrophe führen, als durch die Entwicklung der Kriegshandlungen die Westmächte im Ostseeraum ausgeschaltet wurden und zwischen Deutschland und Russland in Gestalt des Herbstpaktes 1939 ein "politischer Waffenstillstand" in Kraft trat. Mit einem Schlag sahen sich

die baltischen Völker allein, in einer Situation, die ihnen in erbarmungsloser Brutalität die Wirklichkeitsferne der bisherigen Politik vor Augen führte und ohne Widerstand, im Bewusstsein ihrer Ohnmacht, haben sie sich dem Zugriff Moskaus ergeben. Das Jahr bolschewistischer Herrschaft hat in den Massen der baltischen Völker die Voraussetzung für die Erkenntnis geschaffen, dass ihre Behauptung ohne den Schutz einer Grossmacht im europäischen Kulturkreis unmöglich ist. Sowohl aus der gegenwärtigen wie geschichtlichen Entwicklung heraus konnte diese Macht nur das deutsche Reich sein.

Der sowjetische Staat verfolgte vom ersten Tag seiner Herrschaft in den baltischen Ländern das Ziel, das Land in einer gewaltsamen Art, und wenn notwendig mit brutalen Mitteln zu bolschewisieren. Die einschneidensten Massnahmen betrafen das Privateigentum. So wurde zunächst der gesamte Bodenbesitz nationalisiert und damit zum Staatseigentum erklärt. Die bisher selbständigen Bauern wurden in Kolchosen zusammengefasst und bekamen für ihre Arbeit ein der Zahl der geleisteten Tagewerke entsprechendes Entgelt, das in keinem Verhältnis zu ihrem früheren Verdienst stand. Der wohlhabende Bauernstand, der 50 - 60 ha Land

als Eigentum besass, musste die 30 ha übersteigende Fläche an sog, Junglandwirte abgeben, die lediglich nach dem Prinzip der Parteizugehörigkeit ausgesucht wurden und in den meisten Fällen überhaupt keine landwirtschaftlichen Erfahrungen besassen. Die aufgeteilte Bodenfläche betrug z.B. in Lettland über 50% des Bodens und betraf über 40 000 Höfe. Neugegründet wurden über 50 000 Wirtschaften. Durch diese Aufteilung wurde ein grosser Teil der bis dahin lebensfähigen Höfe dergestalt auseinandergerissen, dass dem Altlandwirt fast keine Wirtschaftsgebäude und kein Inventar mehr blieb, während der Neulandwirt wegen der ihm zugeteilten geringen Bodenfläche von 10 ha weder Wirtschaftsgebäude noch Inventar erhalten und ausnutzen konnte. Die Folge davon war, die Lebensunfähigkeit beider Höfe, da der Altwirt mangels Geräte und lebendem Inventar seinen Boden nicht intensiv bewirtschaften konnte, der Jungwirt dagegen zur Unterhaltung der grossen Wirtschaftsgebäude völlig verschuldete. Einen weiteren Schlag für die Landwirtschaft bedeutete die Verhaftung oder Verschleppung von 4 1/2 Tausend Landwirten. Auch der Viehbestand wurde durch den Abtransport von rund 20%Arbeitspferden, 20% des Grossviehs, 15% der Schweine und 40% der Schafe stark dezimiert.

Ähnliche Enteignungsmassnahmen führten auch in der Wirtschaft einerseits zu Preiserhöhungen und andererseits zu einer Verminderung der Erzeugung. Schon im Jahre 1940 wurden sämtliche industriellen Unternehmungen nationalisiert, wobei zur Enteignung lediglich die Tatsache genügte, dass ein Betrieb in dem offiziellen Nationalisierungs-Verzeichnis enthalten war. In der Folgezeit wurden durch weitere Verordnungen auch mittlere und selbst kleinste Handwerksbetriebe enteignet. Eine besondere Erschwerung lag darin, dass lediglich die Aktiva übernommen wurden, wohingegen sämtliche Schulden, einschliesslich der für das laufende Jahr zu zahlenden Steuern und Mieten von dem ehemaligen Eigentümer bezahlt werden mussten. Dieser Umstand führte in allen Fällen noch zum Verlust des persönlichen Eigentums der Unternehmer, sodass sie ohne Existenz und völlig mittellos auf der Strasse standen. Die nationalisierten Privatunternehmen wurden als "sozialistische Unternehmen" in besondere Verwaltungseinheiten - sog. Trusts -, die Handwerks- und Kleinbetriebe in sog. Industriekombinate zusammengefasst. Die Neuorganisation der Wirtschaft war ein sehr schwerfälliger, stark bürokratischer Apparat, der bis ins kleinste den Betrieben die zu treffenden Massnahmen vorschrieb. Dadurch wurde den [illegible] Leitern und den Arbeitern jede Initiative und Freude an der

Arbeit genommen.

Eine weitere Beeinträchtigung und Schwächung der Arbeitslust und Arbeitsfreudigkeit wurde durch die Lohnregelung verursacht. Die Entlohnung erfolgte nicht nach dem Wissen und Können des Einzelnen, auch nicht nach der Verantwortung und Wichtigkeit der betreffenden Dienststellung, sondern wurde schemamässig nach bolschewistischen Grundsätzen festgelegt. So erhielt z.B. ein approbierter Arzt 30.-RM, nach 10jähriger Praxis wurde sein Gehalt auf 40.-RM erhöht. Andererseits verdiente ein ungelernter Kraftwagenfahrer mindestens ebenso viel, wenn nicht mehr. Ebenso nieder wurden auch die Betriebsleiter, hohen Staatsbeamten und Wissenschaftler bezahlt, sofern für sie Sowjet-Tarife massgebend waren.

Ähnlich entwickelte sich die Lage im Handel und Verkehr. So wurden z.B. von den 38 000 in Lettland bestehenden Handelsunternehmungen zu Beginn des Jahres 1941 über 20 000 nationalisiert. Dadurch entstand ein Mangel von Geschäften, der sich besonders bei der Verteilung von Nahrungsmitteln nachteilig bemerkbar machte und zu den lästigen Schlangenbildungen vor den Lebensmittelgeschäften führte, die trotz grosser Bemühungen bis heute noch nicht restlos verschwunden sind.

Weniger eingreifend, aber ebenfalls von grosser Bedeutung für das Leben der baltischen Völker waren die Veränderungen auf sozialem, kulturellem und finanziellem Gebiet, die durch das Sowjet-Regime eingeführt wurden. Der grösste Teil der sozialen Gesetze wurde aufgehoben, die Wohlfahrtsbehörden aufgelöst oder zum geringen Teil nach bolschewistischem Vorbild umorganisiert. Die Wochenbeihilfen und Entbindungsaulagen wurden stark verringert, Krankenkassenbeiträge für Medizinen nicht mehr gezahlt. Die Pensionsgesetze wurden dem sowjetrussischen Muster angeglichen, nach dem die höchste Pension Rbl. 150,- beträgt; die Durchschnittspension wurde auf Rbl. 80,- bis 100,- herabgesetzt. Darüber hinaus wurde noch der grösste Teil der verantwortlichen lettischen Angestellten und Beamten, die pensionsberechtigt waren, aus dem Pensionsverzeichnis gestrichen.

ImSchulwesen brachte der Bolschewismus eine völlige Neuordnung mit sich. Die Schulbildung wurde geändert, statt der bisherigen 12jährigen trat die 10jährige Schulzeit; in den Grundschulen genügten statt bisher 7 Jahren 4 Jahre zur Ablegung der Schlussprüfung. Der wichtigste Lehrstoff war die sog. "marxistische Interpretation". Sie sollte jeder Stunde den Stempel des Marxismus und Leninismus aufdrücken und aus jedem Wort des Lehrers zu hören sein.

Eine weitere

Störung des Schulwesens bildeten die kommunistischen Pionier-und Jugendorganisationen, die an allen Schulen gegründet wurden. Der Leiter der kommunistischen Jugendorganisation war gleichzeitig der ideelle Leiter der Schule. Durch diese Organisation, verbunden mit einem Schüler-Selbstverwaltungs-Comitée wurde schon in den Schulen ein raffiniertes Spitzelsystem aufgebaut, vor dem weder Lehrer noch Schüler sicher waren. Durch Meldung dieser Organisation wurde eine Unmenge Schüler und Lehrer verschleppt, so z.B. in Lettland nach den offiziellen Zahlen des roten Kreuzes vom 15. September 1941 insgesamt rund 4 000 Schüler und über 400 Lehrer. Beschlossen, aber nicht zur Ausführung gelangte der Plan, 17 000 Knaben in sog. Fabrikschulen unterzubringen, wo sie in 6 Monaten zu Arbeitern und Technikern herangebildet werden sollten.

Besondere Aufmerksamkeit widmeten die Bolschewisten dem Theater und der Presse. Obwohl eine Reihe von Theatern nach dem Einzug der Bolschewisten geschlossen wurde, wurde das Theaterpersonal im Durchschnitt verdoppelt. Aufgeführt wurden fast ausschliesslich kommunistische Stücke, die ausgesprochen propagandistischen Charakter trugen. Selbst vereinzelt aufgeführte Klassiker wurden im Textbuch in marxistischem Sinne "korrigiert". Ähnlich ist die Entwicklung in der Presse, die ausschliesslich von Mos-

kau gelenkt wurde. Sämtliche leitenden Stellen wurden von meist aus Russland mitgebrachten Bolschewisten besetzt, sämtliche Zeitungen und Zeitschriften zum Sprachrohr des Kommunismus gemacht. Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt waren lediglich Übersetzungen russischer Werke mit ausgesprochen kommunistischer Tendenz.

Das Steuersystem der Sowjet-Union, das sofort nach Einmarsch der Russen in Kraft trat, kennt zwei Grundsteuern: 1.) die Umsatzsteuer, die ung. 60% des gesamten Steueraufkommens beträgt, 2.) die Einkommensteuer staatlicher Unternehmen, die ung. 15% der Budgeteinnahmen beträgt. Beide Steuern sind im Grunde Verbrauchssteuern. Mit ihrer Hilfe wird die Preisdifferenz zwischen den Gestehungskosten und dem amtlich bestimmten Verkaufspreis auf die Steuerkasse übertragen. Die Haupteinnahme der Verbrauchssteuer bildet vor allem Brot, dessen Verkaufspreis um 90% über den Gestehungskosten lag. Da das sowjetische Stauersystem vollkommen zentralisiert ist und nur ein einziges Staatsbudget für das gesamte Territorium der UdSSR aufgestellt wird, konnte den wirtschaftlichen Verschiedenheiten der drei baltischen Staaten nicht Rechnung getragen werden, sodass z.B. Litauen die gleichen Steuergesetze wie Lettland hatte, obwohl Lettland bei geringerer Einwohnerzahl eine über doppelt so grosse Industrie besitzt. Auf Grund dieser Unterschiede stiess die sowjetische Steuergesetzgebung auf so

grosse Schwierigkeiten, dass sie nur zum kleinen Teil praktisch durchgeführt werden konnte.

Aufrecht erhalten wurde die Sowjetregierung in den baltischen Staaten durch eine ausgesprochene Terrorherrschaft, die jeden Widerstand mit den brutalsten Mitteln sofort im Keime erstickte. Ein bis ins kleinste ausgebautes Spionage- und Spitzelsystem, das über das ganze Land verteilt war und mit Erpressungen und Geld aufrecht erhalten wurde, sorgte dafür, dass keine Widerstandbewegung Fuss fassen konnte. Wer eine Kritik an der bolschewistischen Staatsführung oder auch nur an der kommunistischen Idee äusserte, wurde sofort unschädlich gemacht. So sind im Laufe des einen Jahres der bolschewistischen Herrschaft nach den Feststellungen des lettischen Roten Kreuzes vom 1. Oktober 1941 im Gebiet des ehemaligen Freistaats Lettland ungefähr 14 000 Personen verschleppt, 5 000 verhaftet worden und 9 000 verschollen.

Über das weissruthenische Gebiet liegen noch keine Angaben vor, da es erst vor kurzer Zeit von der Einsatzgruppe A übernommen wurde, Über die dortigen Verhältnisse wird auf den Bericht der Einsatzgruppe B verwiesen, zu deren Einsatzbereich Weissruthenien bis vor kurzem gehörte.

Die Lage
auf den Lebensgebieten.

Der von der Einsatzgruppe A zu bearbeitende Raum umfasst die ehemaligen Freistaaten Litauen, Lettland und Estland, das Gebiet Weissruthenien mit Minsk und Baranowitschi und den später zu Lettland und Estland kommenden Raum östlich der lettisch-estnischen Grenze bis zu den Valdaihöhen, Ilmensee und den Vorstädten von Petersburg. Dieser Raum ist ethnologisch, geschichtlich und wirtschaftlich sehr verschieden.

Die drei baltischen Staaten und der Raum zwischen Peipus- und Ilmensee wurden von der Einsatzgruppe A gleichzeitig mit den vordersten Linien der deutschen Truppen erreicht und bearbeitet. Wilna, Minsk und Baranowitschi wurden von der benachbarten Einsatzgruppe später übernommen.

Die Zivilverwaltung erstreckt sich zur Zeit auf das Generalkommissariat Litauen mit dem Freistaat Litauen und dem Wilnagebiet, das Generalkommissariat Lettland und das Generalkommissariat Weissruthenien mit Minsk und Baranowitschi. Estland und der Raum südlich des Ilmensees sind noch rückwärtiges Heeresgebiet, das Gebiet östlich des Peipussees und nördlich des Ilmensees noch Operationsgebiet.

Allgemein lässt sich für das gesamte Gebiet sagen, dass die Lage noch sehr unklar ist, und dass die deutschen Verwaltungsstellen selbst über die zukünftige Verwaltungsform und das Schicksal der in dem Raum lebenden Völker nicht informiert sind. Darum ist auch auf allen Verwaltungsgebieten einschliesslich der Wirtschaftsverwaltung keinerlei zielbewusstes Arbeiten zu spüren, und die Massnahmen und Auskünfte der einzelnen Verwaltungsdienststellen widersprechen sich häufig in krassester Form. Dem objektiven Blick bietet sich ein Bild der Uneinheitlichkeit, das Fehlen jeder Richtlinien und ein grosser Mangel an Vorbereitung der deutschen Verwaltungsdienststellen und ihrer Angehörigen auf ihre Aufgaben. Auch der einheimischen Bevölkerung bleibt dieses Bild nicht verborgen und Aussprüche wie z.B.: "Die Deutschen können erobern, aber nicht regieren" sind keine Seltenheit.

Der wesentlichste Nachteil dieser Unklarheiten in der politischen Führung besteht darin, dass 1.) sich innerhalb der einheimischen Bevölkerung in allen Generalkommissariaten immer wieder Gruppen bilden, die sich an bestimmte Dienststellen anhängen und die versuchen, eine Dienststelle gegen die andere auszuspielen, und 2.) die willigen und zweifellos vorhandenen Kräfte - insbesondere bei den hochstehenden Völkern der baltischen Staaten - sich zersplittern und, besonders in der Wirtschaft, nicht in allen Möglichkeiten ausgenutzt werden.

Dass der Reichskommissar für das Ostland anstatt der erwarteten grosszügigen Wiederaufbau-Massnahmen Verordnungen über die Bezugscheinpflicht von Filzschuhen udw. erlässt und veröffentlicht, hat in weiten Kreisen grosse Enttäuschung und z.Tl. Spott hervorgerufen.

Aber auch die Verordnungen über die Versorgung der Bevölkerung, Preisgestaltung usw. haben selten ihren Zweck erreicht. Vor allen Dingen haben sich die allgemeinen Lebensverhältnisse der grossen Masse der Bevölkerung bisher nicht geändert.

A. Die Lage in L i t a u e n :

Da der Bevölkerung in keiner Weise Aufklärung über ihr zukünftiges Schicksal erteilt worden ist, bewegt sich der national denkende Teil durchaus noch in der Vorstellung einer kommenden litauischen Eigenstaatlichkeit mit einer gewissen Abhängigkeit vom Grossdeutschen Reich. Irgend eine Bestrebung, das litauische Volk an die germanischen Völker heranzuführen und eine Zukunftsvorstellung ohne Eigenstaatlichkeit ist nicht zu spüren. Die Begeisterung, mit der die deutschen Truppen begrüsst worden sind, ist zwar keineswegs in das Gegenteil umgeschlagen, sondern die Deutschfreundlichkeit des Grossteils der litauischen Bevölkerung

wird immer wieder und zweifellos auch aus ehrlichem Gefühl betont. Die Versuche, den Anteil der litauischen Bevölkerung am Befreiungskampf zu übertreiben und die Bedeutung ihrer Aufstände für die schnelle Durchführung der Operationen in den Vordergrund zu stellen, sollen zweifellos zu einem politischen Zweck führen. Mit der Tatsache, dass etwa 4.000 Litauer im Kampf gegen den Bolschewismus gefallen sind, wird ständig operiert. In der nationalen Jugend und den Resten des Offizierskorps besteht der ehrliche Wunsch, aktiv an der Seite der deutschen Truppen am Krieg teilzunehmen. Sie empfinden sich gegenüber anderen Völkern zurückgesetzt, weil sie glauben, mehr Recht zur Teilnahme am Kampf gegen den Bolschewismus zu haben als diese.

Der seit der Besetzung Litauens durch deutsche Truppen schnell aufgeflammte tätige Antisemitismus hat nicht nachgelassen. Zu allen Massnahmen gegen Juden stellen sich Litauer gern und unermüdlich zur Verfügung, z.Tl. führen sie heute noch eigenmächtig solche Massnahmen durch.

Von irgend einer Seite ist bisher irgend ein Auffangen der z.Tl. untätigen aktiven nationalen Jugend nicht geschehen. Nach dem Verbot der nationalen Aktivisten gibt es nationale Organisationen nicht mehr. Auf die Dauer besteht damit die Gefahr, dass diese jungen Kräfte wieder zu demokratischen Anschauungen getrieben werden oder unkontrollierbaren anderen politischen Einflüssen erliegen.

Die deutschen Verwaltungsbehörden des Generalkommissariats Litauen bedienen sich der z.Tl. noch bestehenden litauischen Behörden fast garnicht. Die Verwaltungsarbeit wird bis in die untersten Stufen von Deutschen selbst erledigt. Die eingesetzten Generalräte, von denen sehr wohl eine Verwaltungsarbeit unter deutscher Kontrolle geleistet werden kann, sind zum Nichtstun verurteilt oder höchstens mit Uebersetzungen beschäftigt. Aus der litauischen Beamtenschaft taucht auch immer wieder die naheliegende Frage auf, ob denn überhaupt das Deutsche Reich so viele Menschen abgeben könne, um die gesamte Verwaltung bis in die untersten Stufen von Deutschen durchführen zu lassen.

Inzwischen ist in Litauen in den Volks- und Mittelschulen der Unterricht wieder aufgenommen worden. Der deutsche Sprachunterricht wurde obligatorisch eingeführt, ausserdem finden in allen grösseren Städten deutsche Sprachkurse in den Abendstunden statt, die sich eines regen Besuches erfreuen. Diese Sprachkurse finden in allen drei baltischen Ländern statt und sind überall gleich stark besucht. Auch die Rundfunksender erteilen deutschen Sprachunterricht.

Die Universität Kaunas nimmt Studierende nicht mehr auf, und die deutsche Verwaltung beabsichtigt, nur noch die nächsten drei Semester weiterzuführen und dann die Universität ganz zu schliessen.

In den beiden Universitäten studierten im vergangenen Wintersemester über 4.000 Personen, das Lehrpersonal bestand aus etwa 250 Personen. Die Kauener Universität war von jeher eine Hochburg nationalen Chauvinismus und zumal die geisteswissenschaftlichen Fakultäten Stätten deutschfeindlicher Gesinnung. Es ist ferner ein Charakteristikum der litauischen studierenden Jugend, dass ein wesentlicher Prozentsatz das Studium nicht beendet und als Halbintelligenz, aber mit den Aspirationen eines Akademikers, das untere Beamtenkorps stellt. In die freie Wirtschaft, in Handel und Gewerbe ging die Jugend so gut wie gar nicht, da diese fast ausschliesslich in Händen der Juden lag. Es ist daher eine dringliche Aufgabe der Zukunft, die litauische Jugend in Handel und Gewerbe zu leiten und sie vom Hochschulstudium abzubiegen. Zu diesem Zwecke muss dem Ausbau des Fachschulwesens besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Die geisteswissenschaftlichen Fakultäten sollten gänzlich geschlossen werden. Dagegen besteht das Bedürfnis, die medizinische Fakultät sowie einige Sparten der technischen weiter zu belassen. Ueber 80 % der Zahnärzte waren Juden, über 50 % der anderen Aerzte ebenfalls. Deren Ausfall führt zu einem ausserordentlichen Mangel an Aerzten, der auch nicht annähernd durch Zuzug aus dem Reich behoben werden kann.

Der für Litauen notwendige Ausbau des Verkehrsnetzes verlangt ebenfalls geschultes Personal, sodass auch die technische Fakultät bestehen bleiben müsste. Die Weiterbelassung der Veterinär-Akademie und der Landwirtschaftlichen Hochschule sind bei dem ausgesprochenen landwirtschaftlichen Charakter Litauens gleichfalls eine Notwendigkeit.

Die Schliessung der beiden Universitäten bis auf die medizinische und die technische Fakultät würde in der litauischen Oeffentlichkeit keine besondere Reaktion hervorrufen, zumal wenn sie hinreichend auf die Erwerbsmöglichkeiten in der gesamten übrigen freien Wirtschaft hingewiesen wird, und ein gleiches in Lettland und Estland geschieht.

Von litauischer Seit wird z.Tl. darauf hingewiesen, dass die Schliessung der Universitäten als eine Massnahme betrachtet würde, durch die Deutschland Litauen seine Eigenkultur nehmen will. Um diesen Eindruck zu vermeiden, könnte an die Errichtung eines Germanistikums gedacht werden, in dessen Rahmen auch die litauische Sprachforschung einen entsprechenden Platz einnehmen könnte. Die Aufgabe des Germanistikums wäre in besonderem Masse die Heranbildung des Lehrerpersonals, indem auch die Volksschullehrer einige Semester des Germanistikums besuchen müssten.

Die litauische Bevölkerung hat im allgemeinen von der deutschen Verwaltung erwartet, dass sie sofort alles aufheben würde, was der Bolschewismus an Gesetzen, Verwaltungs- und Wirtschaftsmassnahmen usw. eingeführt hat. Ein Teil der bolschewistischen Gesetze wurde von der im Anfang bestehenden nicht anerkannten provisorischen litauischen Regierung ausser Kraft gesetzt. Die deutsche Verwaltung hat nun den grössten Teil der sowjetrussischen Gesetze in rechtlicher und formeller Hinsicht belassen und auch Verfügungen der provisorischen litauischen Regierung annulliert. Der intelligente Litauer weist darauf hin, dass es schwer ist, Verständnis dafür zu haben, dass das Grossdeutsche Reich einerseits auf Leben und Tod gegen den Bolschewismus, seine Ideologien und Einrichtungen kämpft und andererseits vom Bolschewismus erlassene Gesetze und Systeme übernimmt. Mit Unterstützung der in den besetzten Gebieten immer noch Eingang findenden Feindpropaganda verbreitet sich die Meinung, dass Deutschland nicht in erster Linie einen weltanschaulichen, sondern einen Eroberungskrieg führt.

Die Ernährungslage in Litauen ist auf dem Lande gut, in den Städten aus verschiedenen Gründen ausserordentlich schwierig. Die zur Verfügung stehenden Transportmittel reichen bei weitem nicht aus. Ebenfalls sind die Verteilungsstellen viel zu gering. Die rationierten Lebensmittel sind auch auf Karten nur nach

stundenlangem Anstehen zu erhalten, und die Stimmung der vor den Geschäften anstehenden Bevölkerung ist in Bezug auf diese Frage in den Städten ausserordentlich schlecht. Die Menschenschlangen sind der Herd der destruktiven Propaganda und Gerüchtemacherei.

Die Preiserhöhung für landwirtschaftliche Produkte hat ihren Zweck nicht ganz erfüllt. Der Bauer hat kaum eine Möglichkeit, für den Ertrag seiner Erzeugung Einkäufe zu machen, da er weder landwirtschaftliche Maschinen noch Kleidungsstücke noch Geräte u.dergl. bekommt. Wie im gesamten Gebiet der Einsatzgruppe A ist der Bauer sehr dem Tauschhandel geneigt und versucht, seine Produkte gegen Waren abzugeben.

Die Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte macht sofort das Problem der Lohnfrage aktuell. Die Löhne wurden ganz generell um 24.- RM im Monat erhöht, für Stundenarbeit wurde entsprechend diesem Index eine besondere Ziffer gefunden. Diese Lösung der Lohnfrage hat dazu geführt, dass alle im festen Angestelltenverhältnis Lebenden, besonders die kleinsten Angestellten, einen erheblichen Vorteil vor den Stundenarbeitern geniessen. Die Sowjets koppelten seinerzeit den Lohn mit der Menge der erzeugten Güter und kamen dadurch auf einen ganz bestimmten Grundpreislohn, der aber leistungsmässig von den Arbeitern bequem übertroffen, in vielen Fällen sogar verdoppelt

und verdreifacht werden konnte, sodass viele Arbeiter durch die seinerzeit erfolgte Lohnstopverordnung, die ihnen als regelmässiges Einkommen lediglich den von den Sowjets festgesetzten Grundlohn zubilligte, in den meisten Fällen nur etwa 80 % und oft weniger als die Hälfte verdienten als zu Zeiten der Russenherrschaft. Viele Arbeiter, die seinerzeit voll beschäftigt waren, können heute nur noch als Kurzarbeiter beschäftigt werden, erreichen also nicht ihre normale Stundenzahl und erreichen folglich auch niemals einen Zuschlag in Höhe von 24.- RM. Da es sich bei diesen Arbeitern meistenteils noch um besonders geschulte Facharbeiter handelt, stehen sie sich ausserdem noch schlechter als die ungelernten Arbeiter, da diese ja naturgemäss ihre volle Stundenzahl erreichen. Die litauische Arbeiterschaft weist mit Recht darauf hin, dass sie durch diese Lohnpolitik unverdientermassen schlechter behandelt würde als andere Berufsgruppen und erwartet schon aus den Erwägungen der allgemeinen Gerechtigkeit heraus eine baldmöglichste Aenderung auf diesem Gebiet.

B. Die Lage in L e t t l a n d :

Die Neuordnung der politischen Verhältnisse in Estland, wo unter der Führung von Dr. Mae ein estnisches Selbstverwaltungsorgan mit weitgehenden Befugnissen erfolgreich arbeitet, ist allmählich auch in Lettland bekannt geworden. Unwillkürlich werden daher Vergleiche zur politischen Lage in Lettland gezogen, wobei man nicht versteht, wieso Esten und Letten eine so unterschiedliche Behandlung erfahren. Die Schlechterstellung der Letten hat zu weitgehender Beunruhigung in der lettischen Bevölkerung geführt. Sie wird darüber hinaus durch eine Reihe von Vorkommnissen genährt, die als ein weiterer Abbau der Reste der lettischen Selbstverwaltung gewertet werden. Es handelt sich dabei nicht allein um die unglückliche Stellung des Generaldirektoriums für innere Verwaltung und Personalfragen unter General D a n k e r s, sondern auch um die verbliebenen lettischen fachlichen Instanzen, wie z.B. die Direktionen für Handel, Industrie und Landwirtschaft, Verkehrswesen usw., deren Tätigkeit nach und nach praktisch unterbunden wird. Teils geschieht dies durch das Einsetzen deutscher Ressortsleiter, wie z.B. für das Forstdirektorium, oder dadurch, dass mehrere Grossbetriebe aus der Zuständigkeit des Industriedepartements herausgenommen und entweder der Wehrmacht

oder der neugegründeten "Ostfeser GmbH"unterstellt werden.

Die Gründung dieser neuen Monopolgesellschaft hat besonders die Stimmung im lettischen Wirtschaftskreisen wesentlich beeinträchtigt, da eine Ausschaltung der Letten aus dem Wirtschaftsleben befürchtet wird. Zugleich sieht man darin aber auch eine politische Massnahme, umsomehr als auch der grosse landwirtschaftliche Genossenschaftsverband "Turiba" einen deutschen kommissarischen Leiter erhalten hat.

Eine besonders ungünstige Auswirkung auf die allgemeine Stimmung zeitigte die Beschlagnahme des Hauses des "Lettischen Vereins",in dem sich gegenwärtig das Generaldirektorium befindet und das als Offizierskasino eingerichtet werden soll. Es geht hierbei nicht so sehr um die Unterbringungsfrage für das Generaldirektorium, das durch diese Heraussetzung zweifellos eine weitere Einbusse seiner bereits stark erschütterten Autorität erleidet, sondern um das Haus selbst. Das Haus des Lettischen Vereins ist immer ein Symbol der nationalbewussten Letten gewesen, wobei darauf hingewiesen werden muss, dass gerade die Kreise vom Lettischen Verein eine gewisse Verbundenheit mit den früher in Lettland ansässigen Deutschen gezeigt und sich zum westlichen Kulturkreis bekannt haben. Dem Lettischen Verein gehörten seit Gründung eine Reihe von angesehenen Letten an, deren geistige

Ausrichtung wesentlich durch das deutsche Vorbild beeinflusst war. Es waren dies vornehmlich sogenannte "anständige Letten". Umsomehr erscheint die Enteignung dieses Hauses, das zudem aus rein lettischen Mitteln errichtet worden ist, als eine Herausforderung, die gerade auf die deutschfreundlichen Kreise Lettlands eine niederschmetternde Wirkung ausübt und noch ausüben wird.

In den Kreisen der ehemaligen lettischen Wehrmacht und der Jugend wird als besonders schmerzlich empfunden, dass den Letten, von geringen Ausnahmen, die von der Sicherheitspolizei gemacht wurden, abgesehen, keine Gelegenheit gegeben wird, im Kampf gegen das bolschewistische Russland anzutreten.

Der aus Berlin zurückgekehrte bekannte Perkonkrustler C e l m i n s verbreitete in Riga die Nachrichte, dass es ihm gelungen sei, die Aufstellung einer lettischen Division in Berlin durchzusetzen. Die Genehmigung sei sowohl vom OKW als auch vom Reichsführer-SS und dem Ostministerium erteilt. Ungeklärt sei noch die Frage, ob diese Division im Verbande der Wehrmacht oder der Waffen-SS aufgestellt würde. Celmins macht zweifellos mit dieser Nachricht in seinen Kreisen Propaganda für seine Person und die Perkonkrust-Bewegung.

Die letzten grossen Erfolge der deutschen Wehrmacht im Osten haben die Stimmung des lettischen Volkes günstig beeinflusst. Die Leistungen der deutschen Soldaten werden allgemein anerkannt und bewundert.

Die Schwäche des Generaldirektoriums für innere Verwaltung und Personalfragen und die in der Öffentlichkeit bekannte Ablehnung des Generalkommissars, mit dieser Stelle eng zusammenzuarbeiten, hat einen verstärkten Zusammenschluss der Kreise um den ehemaligen lettischen Finanzminister V a l d m a n i s, der jetzt als Oberstaatsanwalt fungiert, zur Folge gehabt. Es handelt sich hierbei um Letten aus der früheren Beamtenschicht aus der Ulmaniszeit und um lettische Wirtschaftskreise, die aus dem schon unter Ulmanis verstaatlichten Teil der Industrie kommen. Durch die vorübergehende Tätigkeit Valdmanis' als Vertrauensmann in Wirtschaftsangelegenheiten beim Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes sind diese Personen wieder als Direktoren für führende Unternehmungen und in lettischen Wirtschaftsstellen tätig. Zu diesem Kreis gehören u.a. der frühere Direktor der Bank Lettland Klive, Industrie-Direktor Bulle und der Preisinspektor Kikut. Der lettische Vertrauensmann von Dr. Kemna, Zegars, gehörte auch zu diesem Kreis, hat sich aber scheinbar mit seinen früheren Kollegen verfeindet. Allerdings ist anzunehmen, dass

er nach wie vor dieser Clique angehört und sich nur - mit stillem Einverständnis von Valdmanis - stärker an die deutschen Behörden anlehnt, um so über Vorgänge, die von Dr. Kamna bearbeitet werden, gut unterrichtet zu sein.

Der Generalkommissar hat ebenso wie sein Stabsleiter Bönning sich verschiedentlich dahingehend geäussert, dass er an eine Mitarbeit lettischer Verwaltungsstellen nicht glaube, sondern überzeugt sei, dass von Berlin aus die Besetzung der gesamten Verwaltung mit deutschen Beamten beabsichtigt sei. Der sich zur Zeit in Riga aufhaltende Baltendeutsche Harald Sievert, ein enger Vertrauter Rosenbergs, der seit langem in der Reichsleitung mitarbeitet, hat dagegen hier in Riga wiederholt erklärt, dass er es für richtig halte, die untere Verwaltung den Letten selbst zu überlassen, und durch die deutschen Stellen nur eine Kontrolle durchzuführen.

Vom Generalkommissar ist in der Berichtszeit die Anweisung ergangen, dass die Volksschulen am 15.Oktober ihre Arbeit aufzunehmen haben. Aus der Provinz wird gemeldet, dass fast sämtliche Schulen ihre Arbeit, was Lehrkräfte, Lehrbücher und Schulräumlichkeiten anbelangt, werden aufnehmen können. Schwierigkeiten bestehen

angeblich nur in Rositten. Dort sind neben 12.000 Einwohnern ca. 15.000 Mann Wehrmacht einquartiert.

In Riga sollen 60 Schulen die Arbeit aufnehmen, von denen aber 12 nicht arbeiten, weil die Wehrmacht die Räume besetzt hat. Auch die übrigen anderen Schulen sind bei der starken Belegung durch Wehrmacht gezwungen, den Unterricht in Vor- und Nachmittagsschichten abzuhalten.

Vom Generalkommissar sind 33 Schulbücher zugelassen, davon sind 20 bereits gedruckt. Deutsch wird von der 2.Klasse an als Lehrfach gegeben, in den oberen Klassen sind 5 bis 6 Stunden wöchentlich vorgesehen. Die deutschen Sprachkurse verlaufen befriedigend. Es ist vorgesehen, laufend ergänzende Fortbildungskurse zu veranstalten.

Der Generalkommissar hat die Anweisung gegeben, die nötigen Vorarbeiten für die Eröffnung der Gymnasien in Angriff zu nehmen.

Die russische Volksgruppe hat dem Reichskommissar ein Memorandum eingereicht mit der Bitte, auch den russischen Schulen die Aufnahme der Arbeit zu gestatten. Der Reichskommissar will seine Zustimmung geben, falls der Generalkommissar die Aufsicht übernimmt.

Die lettische Universität hat alle Vorarbeiten erledigt und kann jeden Augenblick die Vorlesungen beginnen. Es haben etwa 800 Studenten darum nachgesucht, ihre Abschlussprüfung ablegen zu dürfen. Die Universität hat etwa 400 Neuaufnehmen registriert.

Die Propagandastaffel setzt ihre Vorträge über den Nationalsozialismus in der Universität fort. Die Zuhörer, Lehrkörper und Studenten zeigen reges Interesse.

In Gerichtskreisen wird die endgültige Bestätigung der Ämter erwartet. Man hofft, dass auch jüngeren Kräften die Gelegenheit zur Arbeit geboten wird, um den fühlbaren Mangel an Juristen in der Provinz zu steuern. In den Kreisen der Richter und Staatsanwälte wird der Vermutung Ausdruck gegeben, dass in allernächster Zeit die Ämter von deutschen Juristen besetzt werden und die lettischen Richter und Staatsanwälte in den besetzten Gebieten in Russland zum Einsatz kommen sollen. Ein Teil der lettischen Juristen scheint nicht abgeneigt zu sein, im besetzten Russland tätig zu werden.

Die Gehalts- und Arbeitsverhältnisse der lettischen Ärzte lassen immer noch viel zu wünschen übrig. Auch heute noch beziehen Aerzte die Gehälter wie zur Bolschewistenzeit. Ein Arzt mit vollendeter Universitätsausbildung bezieht für einen vollen Komplekt

d.h. 5 Arbeitsstunden in einer Poliklinik und Hausvisiten, 30.- RM monatlich. Nach fünfjähriger Praxis 35.- RM, nach zehn- und mehrjähriger Praxis 40.- RM. Die Direktoren der Krankenhäuser beziehen je nach Zahl der Betten ein höheres Gehalt. Zu diesen Gehältern tritt der jetzt eingeführte Teuerungszuschlag im Betrage von 24.- RM. Um existieren zu können, müssen sich die lettischen Aerzte noch Arbeit in einer anderen Poliklinik suchen und einen zweiten Arbeitskomplekt Übernehmen, d.h. 12 und mehr Stunden täglich arbeiten. (Ein unqualifizierter Kraftwagenfahrer dagegen verdient heute 74.- RM).

Die von den Bolschewisten eingeführte Heilordnung in den Polikliniken und die Verabfolgung von Krankheitsunterstützungen ist schlecht und unzureichend. Sie bedürfen dringend einer Änderung. Das gleiche gilt für die Medikamentenfrage Die Apotheken, vor allem in der Provinz, sind ohne Heilmittel.

Am 5.10.41 wurde die in Lettland in russischer Sprache erscheinende Zeitung "Slovo" verboten. Da die Herausgabe einer Zeitung in russischer Sprache im Hinblick auf den starken nur russisch sprechenden Bevölkerungsteil in einigen Teilen Lettgallens und in Riga unbedingt notwendig ist, werden zur Zeit Verhandlungen über eine neue russische Zeitung geführt.

Neuerdings versucht eine neue Kulturbehörde, deren lettische Leitung in Riga, General Hutierstr.3, ihren Sitz hat und die sich in Anlehnung an die "Kraft durch Freude"-Organisation in Deutschland "Erholung und Lebensfreude" nennt, aktiv in Erscheinung zu treten. Diese Institution hat als deutschen Leiter einen Herrn D r o s s e l, der als KdF-Gauwart in Deutschland gearbeitet haben soll und zur Zeit in der Wirtschaftsinspektion tätig ist.

Die lettischen Leiter für die einzelnen Abteilungen dieser Kulturbehörde sind:

Grinberg. . . . Leiter der Kultur-Abteilung
Mednis, Dirigent .. Referent für Musik
Lapenieks, ehem.Filmregisseur .. Referent für Film- u.Theaterwesen
Pakulis . Leiter für die Abteilung Kunst und Veranstaltungen.

Die Organisation "Erholung und Lebensfreude" trägt sich mit der Absicht, ein lettisches Volkstheater zu gründen. Das Theater soll sich dann aus folgenden drei Abteilungen zusammensetzen:

1. Kinder-Theater
2. Wanderbühne
3. Standort-Theater Riga.

Herr D r o s s e l ist bereits durch die Eröffnung des Frasquita-Varietes bekannt geworden. Die Darbietungen dieses Theaters sind minderwertig. Herr Drossel beabsichtigt

ein weiteres grosses Variete in Riga zu eröffnen. Das Niveau wird wahrscheinlich noch schlechter sein, da geeignete Kräfte fehlen.

Wie von der Propagandastaffel gemeldet wird, scheint von deutscher Seite die Absicht zu bestehen, in Riga zwei deutsche Bühnen zu errichten. So soll die Rigaer Oper bei teilweiser Beibehaltung des lettischen Künstlerpersonals als deutsche Bühne eröffnet werden. Den Letten soll die Erlaubnis erteilt werden, ein Nationaltheater zu eröffnen.

Am 5.10.41 fand in der Aula der Rigaer Universität ein Konzert des Reiter-Chores unter persönlicher Mitwirkung des Chordirigenten Reiter statt. R. beherrschte seinen Chor so gut, dass er auch die feinste musikalische Nuancierung vollendet zum Ausdruck brachte. Das Publikum , neben den Spitzen der Militär- und Zivilbehörden zum grossen Teil Wehrmachtsangehörige und lettische Intelligenz, spendete lebhaften Beifall und zwang den Dirigenten zu wiederholten Zugaben.

Die am 8.10.41 in der Rigaer Oper stattgefundene Premiere des "Fliegenden Holländers" war ein grosser Erfolg. Die Aufführung bot in musikalischer, chorischer, bühnenbildnerischer und gesanglicher Hinsicht eine hervorragend abgerundete

Gesamtleistung. Besonderen Anteil erwarb sich der Dirigent Reiter in der souveränen Beherrschung des erweiterten Orchester-Apparates, des Chors und der Gesangsolisten. Die Opernaufführung, welche zum ersten Male völlig deutsch gesungen wurde und sprachlich gut verständlich war, wurde von den anwesenden deutschen Wehrmachtsangehörigen und dem lettischen Publikum mit reichem Beifall bedacht.

Das am 9.10.41 in der Rigaer Oper aufgeführte Sinfoniekonzert, an welchem auch der bekannte deutsche Kammer-Virtuose Prof. Freund aus Berlin in einem Violinkonzert in hervorragender Weise teilnahm, stand völlig im Zeichen des grossen deutschen Tonheroen Beethoven. Die Leistungen des aus dem Opern- und Rundfunkorchester zusammengefassten Orchesterapparates unter der temperamentvollen Führung des jungen lettischen Dirigenten Wiegner waren als sehr gut zu bezeichnen. Das Publikum spendete während der musikalischen Darbietungen viel Beifall, der sich zum Schluss bei der gelungenen Interpretation der 5.Sinfonie Beethovens zu einem Begeisterungssturm steigerte.

Am 13.10.41 fand in der Aula der Rigaer Universität ein Kammermusikabend des Rigaer Konservatoriums statt. Zur Aufführung gelangten Werke von Mozart, Beethoven, Brahms und Bach. Die Gesamtleistung

der Mitwirkenden kann als gut bezeichnet werden. Etwas missverstanden wurde der Violinpart in der Matthäus-Passion von Bach Hier schien der ausübende Geiger den deutschen Meister Bach vollkommen entstellt als eine Art russische Romanze vorzutragen.

Die Darbietungen der beiden Veranstaltungen "Erholung und Lebensfreude" am 11.10. und 13.10. in der Wallstrasse und in der Rigaer Oper waren im allgemeinen als durchschnittlich zu bezeichnen Man merkte besonders bei den chorischen und musikalischen Vorträgen, dass hier keine Berufskünstler mitwirkten. Die Darbietungen waren fast durchweg dilettantenhaft. Lediglich einzelne Angehörige des Rigaer Opernballetts und einige Berufskünstler zeigten grösseres Können.

Im M i t a u e r Theater wurde mit gutem Erfolg Kalderons "Lügner" aufgeführt.

Das L i b a u e r Theater hat seine Tätigkeit ebenfalls schon aufgenommen.

Die Verwaltungsarbeiten für die Eröffnung des D ü n a b u r g e r Theaters sind in vollem Gange.

Der Leiter der Kulturdirektion befasst sich mit dem Gedanken der Gründung einer lettischen Kunstagentur, die eine Anstalt der schaffenden Künstler Lettlands zur Regelung des Autorenhonorars darstellen würde.

Die Wiederaufnahme der Tätigkeit des Konservatoriums und der Kunstakademie wurde von der deutschen Propaganda-Abteilung bewilligt. Die endgültige Regelung über die Frage der aus dem Konservatorium entlassenen Lehrkräfte, welche von deutschen und lettischen Stellen gemeinsam getroffen werden sollen, steht noch bevor.

Die Uebernahme sämtlicher Textilfabriken, der Papier- und Zellstoffabriken, sowie mehrerer Grosschneiderein durch die "Ostlandfaser-GmbH" hat in lettischen (politischen und Wirtschafts-)Kreisen viel Aufsehen erregt. Lettischerseits sieht man in der Gründung der Ostlandfaser GmbH, die eine Tochtergesellschaft der durch den Vierjahresplan gegründeten Ostfaser GmbH in Berlin ist und an der sich in der Hauptsache die deutschen Selbstversorger der einschlägigen Wirtschaftszweige, wie z.B. die Wirtschaftsgruppe Textil, beteiligen, eine wirtschaftliche und zugleich auch politische Ausschaltung des Lettentums aus der Wirtschaft. Verstärkt werden diese Befürchtungen dadurch, dass auf dem landwirt-

landwirtschaftlichen Sektor unter Beteiligung des Reichsnährstandes und der Reichsgruppe Handel eine weitere Monopolgesellschaft im Entstehen begriffen ist, und zwar die "Ostland-Handels GmbH", die wiederum eine Tochtergesellschaft der Osthandels GmbH ist. Diese Gesellschaft soll u.a. die landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft "Turiba" übernehmen. Mit der Gründung dieser und auch weiterer Monopolgesellschaften würden die wichtigsten Wirtschaftszweige im ehemaligen Lettland von deutschen Gesellschaften übernommen. Dabei herrscht bei den Letten vielfach Unklarheit, wieweit die Letten als Mitarbeiter herangezogen werden.

Nach hier vorliegenden Mitteilungen sollen die Verwaltungen und Belegschaften der einzelnen Werke möglichst unberührt bleiben. Die lettischen Fabrikdirektoren und Betriebsleiter sollen - sofern die fachlichen Voraussetzungen gegeben sind- weiter auf ihren Posten belassen und von der Ostlandfaser übernommen werden.

Die Unzahl von Gerüchten, die im Zusammenhang mit der "Ostland" verbreitet werden, sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass von der Presse keine näheren Erläuterungen zur Gründung der Ostland-Faser gegeben wurden. Den interessierten lettischen Kreisen ist z.B. unbekannt, dass die "Ostlandfaser" nicht ein Unternehmen reichsdeutscher Privatinteressen, sondern ein Unternehmen des Vierjahresplanes ist.

Die ablehnende Haltung der Letten ist hauptsächlich dadurch zu erklären, dass sie sowohl ihre leitenden Posten in den betreffenden Industriezweigen als auch ihren Einfluss auf die örtliche Industrie zu verlieren glauben. Zur ersten Befürchtung muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass gerade die Werke, die durch die "Ostlandfaser" erfasst werden, bis vor wenigen Jahren - von einigen Ausnahmen abgesehen - gar nicht im lettischen Besitz waren, sondern Deutschen, Juden oder Engländern gehörten. Besonders nach der Umsiedlung der Baltendeutschen haben die Letten die früheren deutschen Betriebe übernommen und sind so mühelos zu guten Einnahmen gekommen. Da die Letten im allgemeinen als Unternehmer wenig Intiative aufwiesen, wurde die Grossindustrie schon vor der Bolschewisierung in der Form von Aktiengesellschaften, die Monopolcharakter hatten und an denen der Staat massgebend beteiligt war, von den Letten organisiert. Aus diesen Gründen ist der Einwand lettischer Kreise, dass man den früheren Unternehmern die Möglichkeit einer Privatisierung nehme, im allgemeinen nicht zutreffend. Der zweite Einwand, dass mit der Gründung der Monopolgesellschaften den Letten die letzte Möglichkeit einer Teilnahme an der Selbstverwaltung auf dem Wirtschaftssektor genommen wird, ist im grossen und ganzen richtig. Durch die noch bestehenden Industrie-

und Handelsdirektionen haben die Letten, die mit den Landesverhältnissen vertraut sind, einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zum Wiederaufbau der hiesigen Industrie geben können. Dadurch, dass die neuen Monopolgesellschaften aus der Zuständigkeit der Industrie- und Handelsdirektionen herausgehoben werden, wird tatsächlich dieser lettischen Selbstverwaltungsinstanz der Boden entzogen. Dieser Umstand hat bereits dazu geführt, dass der Leiter der Gruppe Handwerk in der Industriedirektion L e t t w i c h und der Leiter der Industriedirektion S c h w a n k s, die sich bisher vom Generaldirektorium bewusst distanzierten und eine Einmischung von F r e i m a n i s in ihren Dienststellen mit Unterstützung von Dr. Kemna ablehnten, neuerdings versuchen, die Fühlung mit Freimanis aufzunehmen. Sie haben sich dabei mit dem Stellvertreter von Dr. Kemna in der Versorgungs- und Verteilungsstelle, dem Letten Z a g a r s überworfen, da sie der Ansicht sind, dass Z. die lettischen Belange nicht genügend vertreten habe

Bei den früheren Besitzern der Kleinindustrie und der Handwerksunternehmungen, die jetzt meist als Angestellte den Betrieb weiterführen, macht sich die Tendenz bemerkbar, mit allen Mitteln die Reprivatisierung zu erreichen.

Wenn von vielen Seiten bisher die ungenügenden Transportmöglichkeiten als Ursache für die schlechte Marktbelieferung Rigas angesehen wurde, so kann dem nach den neueren Erfahrungen nicht mehr zugestimmt werden. Die Verhältnisse im Güterverkehr haben sich seit September wesentlich gebessert. Die Zahl der beladenen Waggons hat sich auf 400 täglich erhöht (ohne Wehrmachtstransporte). Wenn diese Zahl auch weit unter der Normalzahl liegt, so konnte dennoch beobachtet werden, dass gerade die Versender von Lebensmitteln die Versandmöglichkeiten der Bahn wenig ausnutzen. Die Marktzufuhr mit der Bahn nach Riga beträgt 1/5 bis 1/6 der in früheren Jahren zugeführten Lebensmittelmenge, obwohl der Kraftwagentransport so gut wie ganz ausgefallen ist. Diese Erscheinung ist ein deutliches Zeichen dafür, dass die Preiserhöhung für landwirtschaftliche [illegible] durchaus nicht den erhofften Erfolg gehabt hat. Die Bauern haben das Vertrauen zum Geld als Sparmittel verloren und werden in ihrer Ansicht weiter bestärkt, weil sie keine Möglichkeit haben, in der Stadt Einkäufe zu machen. Die Preiserhöhung sollte den Bauern in erster Linie die Möglichkeit bieten, ihren Bestand an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten zu ergänzen. Augenblicklich [illegible] aber weder [illegible] notwendige Maschinenteile für Reparaturen und wichtige Verbrauchsgüter kaufen, wie Salz, Essig, Branntwein

Kerzen, Streichhölzer, Tabak und andere Waren.

Auf dem Lande entwickelt sich eine umfangreiche Tauschwirtschaft, wobei man sich von der Geldwirtschaft möglichst fernhält. Es liesse sich zwar eine zwangsweise Ablieferungswirtschaft durchführen. In diesem Falle würde jedoch bestimmt die Qualität der Ware und im Endergebnis auch ein Teil der örtlichen Industrie (wie Leinen-, Leder- und Lebensmittelindustrie) darunter leiden. Die Eröffnung von Geschäften, in denen auch die Bauern einkaufen können, erscheint daher dringend notwendig.

Im Zusammenhang mit der Lebensmittelknappheit ist in Riga an den Chef der Abteilung Wirtschaft des Generalkommissars in Riga, Dr.Kemna, ein Vorschlag zur Erhöhung der Lebensmittelrationen eingebracht worden. Der Vorschlag geht im wesentlichen darauf hinaus, die Lebensmittelrationen dem Stande im Reich anzugleichen. Es sind insbesondere Zulagen für Schwerarbeiter vorgesehen. Die praktische Durchführung einer Erhöhung der Lebensmittelration wird jedoch erst dann möglich sein, wenn die Anlieferung nach Riga größer wird.

C. Die Lage in E s t l a n d :

Das öffentliche Leben des Landes befindet sich nach wie vor in einem Zustand des Abwartens und des Überganges. Da das Eintreffen der Zivilverwaltung noch nicht abzusehen ist, sind grössere Entscheidungen nicht möglich. Dem passt sich auch die Einstellung der Bevölkerung an, die bei einem spürbaren Aufbauwillen und lebhafter Anteilnahme an allen notwendigen Massnahmen sich von selbst über die Lösung der dringendsten Probleme des Alltags nicht vorwagt.

Das Vertrauen in die Arbeit der deutschen Stellen ist nach wie vor gross. Es zeigt sich darin, dass die vorliegenden Schwierigkeiten, die z.Tl. - wie die Transport- und Rohstofffrage - recht beträchlich sind, mit Verständnis getragen werden. Auf politischem Gebiet bestehen keine Ambitionen auf staatliche Selbständigkeit mehr, obwohl die freundliche Erinnerung an die zwanzig Jahre eigener Staatlichkeit noch lebendig ist. Die breiten Massen zeigen sich verhältnismässig unpolitisch und hauptsächlich daran interessiert, möglichst bald eine Grundlage zur Einordnung des persönlichen Lebensbereichs in die künftige Entwicklung zu finden, deren Bestimmung durch deutsche Kräfte vorbehaltlos anerkannt wird.

Auf dem Gebiete der Gesetzgebung herrscht noch völliger Uebergangszustand Das öffentliche Leben wird teils durch Anordnungen der Wehrmachtsstellen, teils durch gesetzeskräftige Verordnungen der vom Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Nord eingesetzten Estnischen Selbstverwaltung, des sogenannten "Direktoriums" geregelt.

In der Rechtspflege sind bislang nur Strafgerichte mit einer Instanz eingeführt, die ihre Tätigkeit auf Grund des estnischen Strafgesetzbuches und der Estnischen Strafprozessordnung, wie sie vor dem 21.6.1940 gültig waren, aufnehmen. Ferner sind nach Sichtung durch den Direktor für das Gerichtswesen unter der Kontrolle des SD wieder Rechtsanwälte und Notare eingesetzt worden.

Die Einführung von Zivilgerichten, die gleichfalls das vor dem 21.6.40 gültige estnische Gesetz anwenden werden, wird vorbereitet. An sonstigen Organen der Justiz haben Gerichtsvollzieher und Grundbuchämter ihre Tätigkeit noch nicht aufgenommen.

Auf dem Gebiete der Verwaltung ist die Lage durch den allmählichen Abschluss der Tätigkeit der Militärverwaltung gekennzeichnet. Der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Nord hat durch besonderen Erlass angeordnet, dass Reformen jeder Art nicht zu

den Aufgaben einer Militärverwaltung gehören, also auch von der vom Befehlshaber abhängigen Estnischen Selbstverwaltung nicht in Angriff genommen werden dürfen. Dies wird sich auf die Dauer gesehen naturgemäss hemmend auswirken. Erst die baldige Einsetzung der politischen Verwaltung (Generalkommissar) wird die Lösung vieler mit dem jetzigen Uebergang verbundenen Schwierigkeiten bringen können. Es ist zu befürchten, dass bei längerem Anhalten des jetzigen Schwebezustandes Schäden eintreten, die später nur schwer behoben werden können. Auch die estnische Bevölkerung, die sich im allgemeinen sehr zurückhaltend und abwartend über die politische und wirtschaftliche Gestaltung der Zukunft äussert, hofft auf die baldige Einsetzung der Zivilverwaltung.

Nach dem Abflauen der ersten Begeisterung über die Befreiung durch die deutschen Truppen macht sich nun ein allmähliches Anwachsen des estnischen nationalen Selbstgefühls bemerkbar, das sich, ohne zur Deutschfeindlichkeit zu neigen, in einer steigenden Betonung des Eigenen, besonders wo Esten unter sich zusammen sind, äussert. Andererseits zeigt es sich jetzt, dass sich die feindliche Einstellung dem Bolschewismus gegenüber auch auf diejenigen Russen ausdehnt, die schon lange im Lande wohnen und selbst nicht als Kommunisten anzusprechen sind.

Diese Entwicklung des estnischen Nationalgefühls in kultureller und folkloristischer Hinsicht steht am Anfange und äussert sich häufig nur im Unbewussten. Fest steht, dass in dieser Beziehung ein starkes Eigenständigkeitsgefühl vorhanden ist. Die Bereitschaft, - vor allem bei allen zur Zeit irgend führend tätigen Esten -, sich in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht eng in den grossgermanischen Lebensraum unter deutscher Führung einzufügen, wird dadurch nicht beeinträchtigt. Das starke Bewusstsein des kulturellen Eigenwertes kommt wohl am nächsten der Einstellung, wie sie in manchen süddeutschen Gauen bestand und zum Teil noch besteht. Gleichzeitig sind aber die Esten geneigt, auch auf kulturellem Gebiet Schöpfungen des deutschen Volkes zu pflegen und aufzunehmen Sie betonen aber dabei, mindestens unausgesprochen, dass sie "auch etwas zu bieten haben".

Die stärkste völkische Minderheit in Estland ist die russische In der kleinbäuerlichen russischen Bevölkerung in den Grenzgebieten ist die Sympathie für den Kommunismus noch unverändert. Von der städtischen Intelligenz, die sich vorwiegend aus "weissrussischen " Emigranten rekrutiert, lässt sich dies nicht sagen, jedoch tritt nun zutage, dass in diesen Kreisen unter der Bolschewistenherrschaft die Auffassung stark verbreitet gewesen ist,

der Bolschewismus habe im Laufe der Zeit sein Gesicht gewandelt und es habe eine evolutionäre Entwicklung eingesetzt, an deren Ende man ein wiedergenesenes "Mütterchen Russland" erhofft. Besonders die Person von Molotow ist in diesem Zusammenhang oft und gern als die eines innerlich nationalen Russen genannt worden.

Über die örtlichen Schweden liegen noch keine ins einzelne gehenden Meldungen vor. Ihr Eigenleben konzentriert sich zur Zeit fast ausschliesslich auf das kirchliche Gebiet. Durch Umsiedlungen hat die in dem von den Sowjets zum Festungsbezirk erklärten Gebiet ansässige Volksgruppe stark gelitten.

Weniger von rassenpolitischen Gesichtspunkten ausgehend, als aus der Erinnerung an eine in der Bolschewistenzeit und auch noch jetzt bewiesene Haltung zeigt sich die estnische Bevölkerung in den Grenzgebieten äusserst ablehnend dem örtlichen Russentum gegenüber. Immer wieder wird seine Umsiedlung nach Osten verlangt. Vom Rassenpolitischen her gesehen ist dieses Verlangen insoweit bedeutsam, als es sich hier um einen rassisch den Esten unterlegenen Bevölkerungsteil handelt, der durch seinen beachtlichen Geburtenüberschuss starke Ausdehnungstendenzen in den rein estnischen Teil zeigt.

Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, das zur Zeit vom Estnischen Sozialdirektorium nach reichsdeutschem Muster reorganisiert wird, wirkt sich die Verminderung des Aerztebestandes in den letzten zwei Jahren aus. Durch Umsiedlung nach Deutschland und Verschleppung nach der USSR ist die Zahl von 974 (1939) auf heute 616 gesunken. Die Aerzteschaft ist heute fast ausschliesslich an Kliniken und Heilanstalten beschäftigt. Für die Praxis kommen nur wenige in Betracht. Ein eigentlicher Aerztemangel besteht jedoch nur auf dem flachen Lande. Eines der wichtigsten Probleme der heutigen Gesundheitsführung in Estland ist die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die in der Zeit der Sowjetherrschaft eine Zunahme erfahren haben.

Im Mittelpunkt der Betrachtungen der estnischen Hochschulkreise steht die Frage der Wiedereröffnung der Universität Dorpat und der Technischen Hochschule in Reval. Z. Zt. ruht der Lehrbetrieb an beiden Anstalten. Das wissenschaftliche Personal sieht sich auf die Forschungsarbeit in den Instituten angewiesen. Da bis jetzt amtlich noch nichts über das weitere Schicksal der beiden wissenschaftlichen Lehranstalten bekanntgegeben worden ist, werden von den Universitätskreisen immer wieder Vorstösse unternommen, um namentlich die Eröffnung der Universität Dorpat wieder zu erreichen.

Durch Besprechungen mit dem Leiter der Hauptabteilung Wissenschaft beim Reichskommissar fuer das Ostland, Prof. S p o h r, ist dem Rektor der Universität Dorpat und seinen führenden Mitarbeitern bekannt, dass Spohr folgendes plant:

a) Schaffung einer Uebergangs- und Abwicklungszeit für alle Hochschulen im Reichskommissariat Ostland mit dem Abwicklungstermin 15.1.1943.

b) Im Zusammenhang damit beschleunigte Wiedereröffnung der Universität Dorpat mit Beschränkung auf beide oberste Jahrgänge (letzte Semester) und mit dem Ziel raschen Studienabschlusses.

c) Von Januar 1943 ab Aufbau einer völlig neuen Universität unter deutscher Führung, als gemeinsame Universität aller vier ostländischen Generalkommissariate und mit dem Auftrag kultureller Ausstrahlungen nach den benachbarten nordischen Ländern (Finnland, Schweden). Den vier Völkern des Reichskommissariats Ostland sollen hierbei folkloristische, sprachwissenschaftliche und kulturelle Lehrstühle überlassen werden.

d) Ausgliederung der theologischen Fakultät und ihre Verselbständigung zu einer Theologischen Hochschule

e) Studium jüngerer Lehrgänge ab sofort im Reich.

Der Rektor der Universität Dorpat, Prof. Kant, hat sich auf Wunsch Spohr's zur Uebernahme der Leitung und Verantwortung für den Uebergangszustand bereit erklärt, obwohl er früher ein besonderer Anhänger der estnischen Eigenstaatlichkeit und der Pflege der Beziehungen zu Finnland war. Es besteht der Eindruck, dass er den ihm übertragenen Auftrag - sobald die von Spohr angestrebte Regelung durch Verordnung festgelegt ist - loyal durchführen wird. Bei den personellen Säuberungsaktionen der Aussenstelle Dorpat der Sicherheitspolizei und des SD in den stark liberalen und bolschewisierten Universitätskreisen, bei denen bisher rund ein Drittel des Personalbestandes entfernt wurden, hat Kant grösstes Verständnis und aktive Mitarbeit gezeigt.

Auf dem Gebiete des Schulwesens stellt eine wichtige Frage die des Lehrpersonals dar. Da zur Zeit der Sowjetherrschaft viele Lehrer sich durch die Ausübung des Unterrichts in vorgeschriebenem Sinne (gewöhnlich unter Zwang) vor ihren Schülern exponiert haben, werden Versetzungen und

Ausscheidungen erforderlich. Die beschleunigte Durchführung dieser Massnahmen wird bedingt durch die Notwendigkeit, die beschäftigungslos in hohem Masse sich selbst überlassene Jugend umgehend wieder einer festen Lenkung zuzuführen, um den sich aus Zeit und Umständen ergebenden schädlichen Einflüssen, namentlich in krimineller Hinsicht, zu steuern.

Als altes Einflussgebiet deutscher Kultur ist Estland reich an Kulturdenkmälern, die für deutsche Geschichtsforschung und Kunstpflege unersetzliche Werte darstellen. Wenn auch ein Teil dieser Kunstschätze von den Bolschewisten verschleppt worden ist, so ist der wertvollste Teil erhalten geblieben und auch von den Kriegshandlungen nicht versehrt worden. Nicht zuletzt hat sich hier in zahlreichen Fällen die Treue estnischer Museums- und Archivbeamter zu den ihnen anvertrauten Kulturwerten in positivem Licht gezeigt, indem z.B. die Objekte vergraben oder sonst versteckt und so vor dem Zugriff der Sowjets gerettet wurden.

Die estnische Presse beschränkt sich z.Zt. auf in den grösseren Städten erscheinende einzelne Mitteilungs- und Informationsblätter. Von der Estnischen Selbstverwaltung wird die Herausgabe einer grossen politischen Tageszeitung geplant, um den Grund zu einer systematischen Propaganda- und Aufklärungsarbeit zu legen.

Ausser der Presse stellen z.Zt. die einzigen Propagandamöglichkeiten Funk und Film dar. Um den zerstörten Gross-Sender Turgel (Türi) zu ersetzen, ist aus dem Reich ein fahrbarer Sender in gleicher Stärke herangeholt worden.

Innerhalb der Bevölkerung besteht ein starkes Bedürfnis nach deutscher Literatur, die geeignet ist, Aufklärung über die wichtigsten deutschen Lebensprobleme und ihre Behandlung im Reich zu geben. Deutsche Zeitungen sind sehr begehrt und werden sofort nach Erscheinen im Handel ausverkauft.

Im Nordestland ist durch die Kriegshandlungen die Einbringung der Ernte um etwa einen Monat aufgehalten worden, z.Zt. aber bereits überall abgeschlossen. Schwierigkeiten bestehen bei der Beschaffung von Treibstoffen für die beim Drusch notwendigen Motoren. Bei der Kartoffelernte haben sich die vorzeitigen Fröste der letzten Tage insoweit schädigend ausgewirkt, als die noch einzubringenden Kartoffeln nur noch für die Spritherstellung verwendbar sein werden.

Eine grosse Schwierigkeit bedeutet für die Bauern die Beleuchtungsfrage. Da die ländlichen Wirtschaften in der Regel keinen elektrischen Strom, sondern Petroleum zu

Beleuchtungszwecken verwenden, macht sich der Mangel an diesem Stoff empfindlich spürbar. Verschiedene Verrichtungen müssen unterlassen werden. So wird z.B. in manchen Gegenden statt dreimal nur zweimal am Tage gemolken, was praktisch einen Ausfall von 10 % der Milchproduktion bedeutet.

Das brennendste Problem auf dem Lande stellt die Regelung der Besitzverhältnisse dar, die durch die bolschewistische Nationalisierung vollkommen verwirrt worden sind. Hier stehen sich Altbauern und neuangesetzte Siedler gegenüber, wobeidie Furcht der letzteren, das ihnen von den Sowjets übereignete Land bald wieder abtreten zu müssen, sich hemmend auf ihre Arbeitsleistung auswirkt.

Auf dem Arbeitsmarkt stellt die dringlichste Frage der Einsatz der arbeitslosen Frauen dar. Die Zahl der arbeitslosen Männer nimmt täglich ab und beträgt in Reval z.B. nur etwa 2.000 gegenüber rund 18.000 arbeitslosen Frauen. Das Überwiegen der letzteren ist bedingt durch die tiefen Lücken, die die Verschleppungsaktionen der Sowjets in der männlichen Bevölkerung hervorgerufen haben. Man plant, die beschäftigungslosen Frauen auf das Land zu verteilen, um die Städte für den Winter zu entlasten. Es wird die Einführung einer Art von Arbeitsdienstpflicht erwogen.

CONTINUED

TOP

Film Identification

Century

1303 Geneva Avenue
St. Paul, MN 55119

PRECISION℠ RESOLUTION TARGETS

LEFT

RIGHT

150 MM

6 ″

PA-3 8½″x11″ PAPER PRINTED GENERAL TARGET

END